

Jahresbericht
der Bundesjugendvertretung

2025

**Wir.
Jetzt.
Hier.**

2025 für
Kinder und Jugendliche


Bundes
Jugend
Vertretung

Impressum

Österreichische Kinder- und Jugendvertretung (ÖJV)

Liechtensteinstraße 57/2, A-1090 Wien

E-Mail office@bjv.at

Web www.bjv.at

Der Verein ist die Geschäftsstelle der Bundesjugendvertretung gem. § 10 Bundes-Jugendvertretungsgesetz.

Redaktion

Sophie Ambach, Stephanie Auzinger, Jasmin Hebenstreit,
Charlotte Jüsten, Maria Lettner, Sebastian Muckenhuber,
Paula Schwentner und Kristina Veraszto

Design & Layout

solo ohne — Studio für Gestaltung

Lektorat

Wiebke Haag

Druck

Gugler Medien GmbH

Bundeskanzleramt

Gem. den Bestimmungen des Bundes-Jugendvertretungsgesetzes § 10 wird die Arbeit der Bundesjugendvertretung vom **BKA/Sektion VI/Familie und Jugend** unterstützt.



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**

Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen des Autors bzw. der Autoren und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union oder der OeAD-GmbH wider. Weder die Europäische Union noch die OeAD-GmbH können dafür verantwortlich gemacht werden.

Inhaltsverzeichnis

4 Einleitung

Die Bundesjugendvertretung

7 Über uns

9 Auftrag & Struktur

10 Mitgliedsorganisationen

Highlights der BJV-Aktivitäten

12 Kampagne „Drei Millionen“

15 Projekt „InklusivAktiv“

16 TOPSY Youth

18 Vollversammlung

19 Jugendgedenken

20 Klimajugendrat

2025 für Kinder und Jugendliche

23 Österreichs Jugend in Zahlen

26 Gesundheit

28 Klima

30 Aufwachsen in Frieden & Sicherheit

32 Kinder- und Jugendarmut

33 Kinder- und Jugendarbeit

Kinder- und Jugendbeteiligung

35 Frauenkomitee

36 Kinderbeirat

37 Inklusionsbeirat

38 President's Youth Advisory Board

39 EYD-Programm

40 EU-Jugenddialog

42 UNYD-Programm

Öffentlichkeitsarbeit

44 Pressestimmen

47 Social Media, Material & Newsletter

Einleitung

Das Jahr 2025 brachte viel Neues – politisch und auch in der Bundesjugendvertretung (BJV). Mit der Wahl eines neuen Vorstandes und Vorstands bei der BJV-Vollversammlung im Frühjahr begann eine neue Gruppe junger, ehrenamtlicher Jugendvertreter*innen ihre Arbeit für die Anliegen aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Österreich. Nun dürfen wir als neues Vorsitzteam die Interessen der jungen Generation gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit vertreten.

4

Gleich zu Beginn stand die Analyse des Arbeitsabkommens der neuen ÖVP-SPÖ-NEOS-Regierung im Mittelpunkt. Wir haben das Regierungsprogramm einem Jugendcheck unterzogen und geprüft, inwieweit die Perspektive der jungen Generation berücksichtigt wird. Die Ergebnisse präsentierten wir am Tag der Jugend bei einer Pressekonferenz.

Unseren ersten Arbeitsschwerpunkt haben wir 2025 auf die politische Mitgestaltung junger Menschen gelegt. Mit der Kampagne „Drei Millionen“ setzen wir uns für einen gleichberechtigten Zugang zu politischer Teilhabe ein. Dabei fordern wir u. a. mehr Politische Bildung, stärkere Mitbestimmung in den Betrieben und mehr Sicherheit im digitalen Raum, damit auch dort junge Menschen sich gut beteiligen können.

2025 haben wir aber auch mit Projekten und Veranstaltungen wieder gezielt Räume für Austausch und Beteiligung geschaffen. Beim Projekt „TOPSY Youth“ diskutierten Jugendliche untereinander sowie gemeinsam mit Politiker*innen über ihre Anliegen zum Thema Psychische Gesundheit.

Auch der EU-Jugenddialog, den die BJV in Österreich koordiniert, bot jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten, ihre Anliegen einzubringen – ebenso wie der Klimajugendrat im Parlament. Im Bereich Inklusion haben wir mit „InklusivAktiv“ ein neues Projekt gestartet, das zur Stärkung der inklusiven Jugendarbeit beitragen soll.

Und auch auf internationaler Ebene brachten wir Jugendanliegen ein – durch unsere Vernetzung mit Jugendvertretungen anderer Länder und durch das Engagement unserer Jugenddelegierten, unter anderem bei der UN-Generalversammlung in New York.

Gemeinsam haben wir 2025 gezeigt, dass die Anliegen der jungen Generation auch in finanziell schwierigen Zeiten Priorität haben müssen und dass für eine gleichberechtigte politische Teilhabe noch wichtige Schritte fehlen. Diesen Weg werden wir auch 2026 weitergehen und spürbare Verbesserungen für junge Menschen einfordern.


Das Vorsitzteam

Ahmed Naief
Anna Schwabegger
Sebastian Stark
Lejla Visnjic

5



Die Vorsitzenden der Bundesjugendvertretung (v. l.): Lejla Visnjic, Ahmed Naief, Anna Schwabegger und Sebastian Stark. © BJV/Kirill Lialin

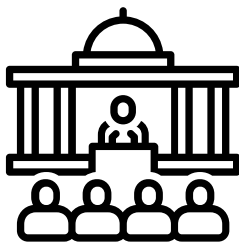


Die Bundes- jugend- vertretung

Über uns

Die Bundesjugendvertretung (BJV) ist die gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich. Damit vertritt sie rund 3 Millionen Menschen bis 30 Jahre.

Die BJV setzt sich als Interessenvertretung gegenüber der Politik für die vielfältigen Anliegen von jungen Menschen ein – seit 2001 ist sie gesetzlich verankert und hat sozialpartnerschaftlichen Status.



Politik

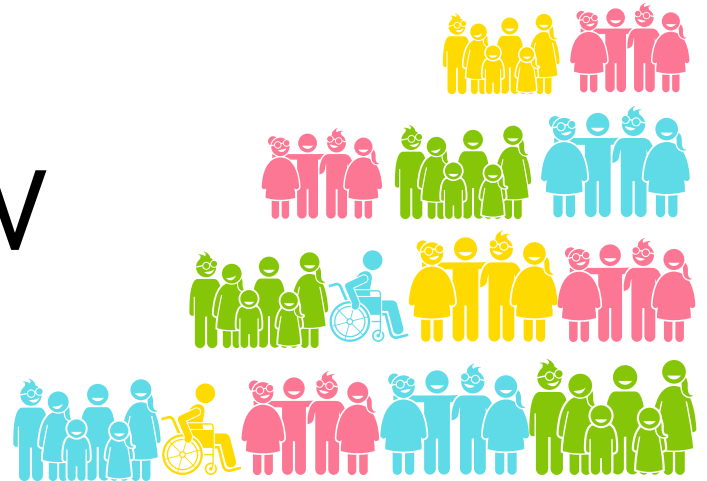
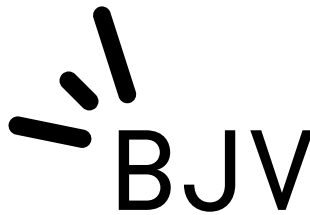


Medien

7



Öffentlichkeit



Kinder, Jugendliche und Jugendorganisationen

Als BJV wollen wir, dass junge Menschen mitentscheiden können. Diesen Anspruch stellen wir auch an uns selbst: Die BJV ist eine jugendgeleitete Organisation. Der BJV-Vorstand besteht aus jungen, ehrenamtlichen Jugendvertreter*innen unter 30 Jahren. Diese werden aus den zahlreichen Mitgliedsorganisationen der BJV entsandt und von der hauptamtlichen Geschäftsstelle unterstützt.

Aus unserer täglichen Arbeit und unseren Mitgliedsorganisationen wissen wir, dass die Anliegen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen vielfältig sind wie sie selbst. In der Altersspanne von 0 bis 30 Jahren spielen viele Themen wie Bildung, Beteiligung, Gesundheit und der Eintritt in den Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Dementsprechend umfassend ist unser Vertretungsauftrag als BJV.

Um die unterschiedlichen Anliegen, Hintergründe und Ansichten angemessen zu repräsentieren, arbeiten wir mit verschiedenen Stakeholdern zusammen, führen Studien und Umfragen durch und entwickeln nicht nur Programme für Kinder und Jugendliche, sondern geben ihnen auch selbst die Möglichkeit, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

8



Mit der BJV
haben Kinder und
Jugendliche eine
Lobby – und das
seit fast 25 Jahren.
© BJV/Kirill Lialin



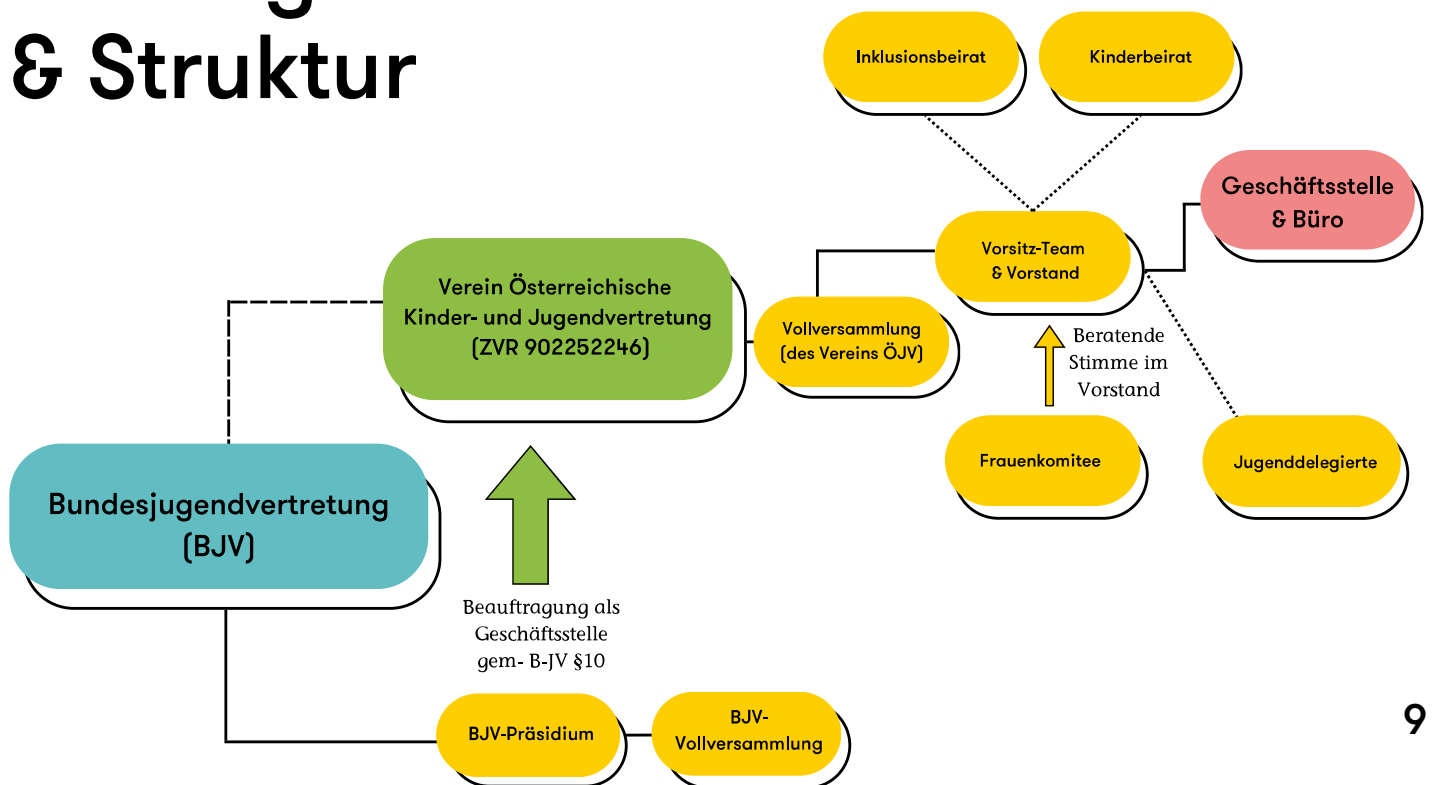
„Ein gleichberechtigter Zugang zu politischer Teilhabe ermöglicht es jungen Menschen, sich wirklich einzubringen. Dafür setzen wir uns ein.“

BJV-Vorsitzender Ahmed Naief

„Politik für Kinder und Jugendliche gelingt nur, wenn ihre Rechte eingehalten und ihre Beteiligung ermöglicht wird.“

BJV-Vorsitzende Anna Schwabegger

Auftrag & Struktur



9

Seit dem Inkrafttreten des Bundesjugendvertretungsgesetzes im Jahr 2001 ist die Bundesjugendvertretung (BJV) die gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich. Die Organe der BJV sind die Vollversammlung und das Präsidium. Das Präsidium führt grundsätzlich die Geschäfte der BJV. Gemäß §10 des Bundesjugendvertretungsgesetzes ist aber das Präsidium befähigt, einen eigens eingerichteten Verein mit den Geschäften zu betrauen. Daher hat das BJV-Präsidium den Verein „Österreichische Kinder- und Jugendvertretung“ mit

der Führung der Geschäfte der BJV beauftragt. Der Vorstand der ÖJV und die Geschäftsstelle kümmern sich also um die laufende Arbeit der Bundesjugendvertretung.

Das sieht so aus:

Alle zwei Jahre werden in der Vollversammlung des Vereins „Österreichische Kinder- und Jugendvertretung“ von allen Mitgliedsorganisationen ein vierköpfiges Vorsitzteam und der Vorstand gewählt. Die BJV wird von diesen Vertreter*innen in der Öffentlichkeit repräsentiert. Sie sprechen öffentlich im Namen

der rund drei Millionen Kinder und Jugendlichen in Österreich.

Außerdem wurde ein BJV-Frauenkomitee eingerichtet, das mit einer beratenden Stimme im Vorstand vertreten ist, und der Verein entsendet Jugenddelegierte in europäische und internationale Gremien. Darüber hinaus hat die BJV einen Kinder- und einen Inklusionsbeirat. Diese Beiräte geben dem Vorstand Empfehlungen zu aktuellen Themen, damit die BJV ihre Anliegen besser vertreten kann.

„Egal, ob es um die Teuerung, ihre mentale Gesundheit oder den Klimaschutz geht – junge Menschen brauchen klare Zukunftsperspektiven.“

BJV-Vorsitzende Lejla Visnjic

„Junge Menschen engagieren sich online genauso selbstverständlich wie offline. Damit sie dabei sicher sind, muss Demokratie- und Medienbildung ausgebaut werden.“

BJV-Vorsitzender Sebastian Stark

Mitglieds- organisationen

Kinder- und Jugendorganisationen

10

1. Aktion kritischer Schüler_innen (AKS)
2. Alevitische Jugend Österreich (AJÖ)
3. Austrian Players League (APL)
4. Bnei Akiva
5. Evangelische Jugend Österreich (EJÖ)
6. Grüne Jugend – Grünalternative Jugend
7. Hashomer Hatzair Österreich
8. Bund Europäischer Jugend (JEF)
9. Junge ÖVP (JVP)
10. Junge Landwirtschaft Österreich
11. JUNOS – Junge liberale NEOS
12. Katholische Jugend Österreich (KJÖ)
13. Katholische Jungschar Österreichs (KJSÖ)
14. Kolping Österreich
15. Landjugend Österreich
16. Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV)
17. Muslimische Jugend Österreich (MJÖ)
18. Muslimische PfadfinderInnen Österreich (MPÖ)
19. Naturfreundejugend Österreich
20. Österreichische Alpenvereinsjugend
21. Österreichische Blasmusikjugend (ÖBJ)
22. Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ)
23. Jüdische Österreichische Hochschüler:innen (JöH)
24. Österreichisches Jugendrotkreuz (ÖJRK)
25. Österreichische Jungarbeiterbewegung (ÖJAB)
26. Österreichische Kinderfreunde / Rote Falken
27. Österreichische Kinderwelt
28. Österreichische Naturschutzjugend (ÖNJ)
29. Österreichische Trachtenjugend
30. Österreichischer Pennäler Ring (ÖPR)
31. Österreichischer Pfadfinderbund
32. Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs (PPÖ)
33. Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ)
34. Schülerunion Österreich
35. Sozialistische Jugend Österreich (SJÖ)
36. Verein Jugend für eine geeinte Welt

Dazu kommen die Studierenden- und Schüler*innenvertretungen sowie die offene Jugendarbeit

37. Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH)
38. Bundesschülervertretung (BSV)
39. bOJA – bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit

Außerdem sind die Landesjugendbeiräte und Volksgruppenvertretungen Mitglieder in der Bundesjugendvertretung

40. Arbeitsgemeinschaft Kärntner Jugendorganisationen
41. Landesjugendbeirat Oberösterreich
42. Landesjugendbeirat Salzburg
43. Landesjugendbeirat Steiermark
44. Landesjugendbeirat Vorarlberg
45. Landesjugendforum Burgenland
46. Niederösterreichischer Jugendrat
47. Tiroler Jugendbeirat
48. Landesjugendbeirat Wien
49. Kroatische Volksgruppe
50. Slowakische Volksgruppe
51. Slowenische Volksgruppe
52. Tschechische Volksgruppe
53. Ungarische Volksgruppe
54. Volksgruppe der Roma

Außerordentliche Mitglieder

55. Junge Grüne
56. Verband jüdischer Jugend
57. ESN – Erasmus Student Network



Highlights der BJV- Aktivitäten

Drei Millionen junge Menschen haben eine wichtige Stimme



Die BJV-Vorsitzenden Lejla Visnjic und Ahmed Naief haben die Kampagne „Drei Millionen“ bei einer Pressekonferenz präsentiert. © BJV

In Österreich leben rund drei Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Ihre Chancen politisch mitzubestimmen, sind jedoch ungleich verteilt. Viele fühlen sich darüber hinaus seit Jahren politisch nicht ausreichend vertreten und haben den Eindruck, dass ihre Interessen bei Entscheidungen kaum berücksichtigt werden. Dieses Gefühl mangelnder Repräsentation trägt auch dazu bei, dass junge Menschen oft als politisch desinteressiert wahrgenommen werden – ein Vorurteil, das aktuelle Studien aber klar widerlegen. Tatsächlich zeigen viele junge Menschen großes Engagement. Sie wollen mitgestalten, Verantwortung übernehmen und ihre Zukunft aktiv mitprägen.

Hürden für politische Beteiligung junger Menschen

Gleichzeitig gibt es aber strukturelle Hürden, die politische Beteiligung für junge Menschen erschweren. Sie stellen gerade für jene junge Menschen eine Herausforderung dar, die ohnehin erschwerte Zugänge zur Partizipation

haben: etwa Jugendliche mit Behinderungen, mit Migrationsbiografie oder jene, die aufgrund ihres Alters nicht wählen dürfen. Sie können viele klassische Partizipationsmöglichkeiten gar nicht nutzen.

Wenn nicht alle jungen Menschen gleichermaßen an politischen Prozessen teilnehmen können, hat das aber weitreichende Folgen für unsere Gesellschaft und Demokratie. Wichtige Perspektiven fehlen, insbesondere jene von Jugendlichen aus benachteiligten Lebensverhältnissen. Politische Maßnahmen laufen dadurch Gefahr, an den tatsächlichen Bedürfnissen junger Menschen vorbeizugehen. Dies kann Gefühle von Ohnmacht und Frustration verstärken und langfristig das Vertrauen in demokratische Strukturen schwächen.

Mehr Beteiligung von der Schule bis in die digitale Welt

Mit der Kampagne „Drei Millionen“ zeigt die BJV auf, welche Maßnahmen die Politik treffen muss, damit alle Kin-

Mit ihrer neuen Kampagne „Drei Millionen“ lobbyiert die BJV für Maßnahmen, die eine gerechtere politische Teilhabe junger Menschen ermöglichen sollen. Dafür wurde eine eigene To-Do-Liste für die Politik erstellt.

der und Jugendlichen besser mitbestimmen können und die Stimmen von drei Millionen jungen Menschen endlich gehört werden.

Damit für Politiker*innen besonders klar ist, was sie ändern sollten, damit junge Menschen besser partizipieren können, hat die BJV eine eigene To-Do-Liste formuliert.

Sie zeigt vier zentrale Bereiche auf, in denen es Verbesserungen geben muss, damit alle Kinder und Jugendlichen sich entsprechend einbringen können:

1. Mitbestimmung in der Schule
2. Mitbestimmung am Arbeitsplatz
3. Inklusive Räume der Beteiligung
4. Digitaler Raum als sicherer Ort

So fordert die BJV u.a. Politische Bildung als eigenes Unterrichtsfach zu verankern, die Mitgestaltungsmöglichkeiten für Lehrlinge auszubauen sowie einen inklusiveren politischen Alltag zu schaffen – etwa durch einen bundesweit einheitlichen Anspruch auf persönliche

Assistenz, damit auch junge Menschen mit Behinderung besser politisch mitbestimmen können. Im Onlinebereich setzt sich die BJV für einen sicheren digitalen Raum ein, etwa durch standardisierte Meldebuttons.

Pressekonferenz im Dezember

Gestartet wurde die neue Kampagne im Rahmen einer Pressekonferenz im Dezember 2025: Die BJV-Vorsitzenden Ahmed Naief und Lejla Visnjic betonten dabei, warum es wichtig ist, zum Beispiel die Mitbestimmung in der Schule und am Arbeitsplatz zu fördern: „Wenn alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerechte Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten, stärkt das

ihr Gefühl, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Außerdem verringern sie soziale Ungleichheiten und sorgen dafür, dass politische Entscheidungen das Leben junger Menschen auch spürbar verbessern.“

Check dein Beteiligungsprojekt

Damit junge Menschen selbst Beteiligungsformate auf Hürden überprüfen können, hat die BJV auch eine eigene Checkliste erstellt. Mithilfe von Fragen zu Barrierefreiheit, Kostenfreiheit, Schutzkonzepten und der Klarheit darüber, wie es mit den Ergebnissen weitergeht, soll sie Jugendliche dabei unterstützen, zu unterscheiden, ob es sich beim Beteiligungsformat um eine echte Möglichkeit der Mitbestimmung handelt. Denn das ist für Jugendliche oft schwer einzuschätzen.

Lobbying für mehr Beteiligung

2026 wird die BJV ihre To-Do-Liste vor allem bei Veranstaltungen und Terminen mit politischen Vertreter*innen präsentieren. Auch der Kinderbeirat und der Inklusionsbeirat der BJV planen Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „Drei Millionen“. Die Entscheidungen von heute prägen das Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen am längsten – und deshalb sollen sie auch mitreden können.

Du willst dich auch für gerechte Mitbestimmungsmöglichkeiten starkmachen? Alle Informationen, Forderungen und Materialien zur Kampagne „Drei Millionen“ findest du unter www.bjv.at/



Die Postkarten der Kampagne „Drei Millionen“ richten sich sowohl an Kinder und Erwachsene als auch direkt an die Politik und sind online kostenlos bestellbar.



Mehr Teilhabe für junge Menschen!

Kinder und Jugendliche besitzen ein Gespür für Demokratie. Man muss ihnen nur die Möglichkeit geben zu partizipieren. Passive Politische Bildung ist zu wenig. Demokratie braucht Leben.

Vertrauen ist die Basis für das soziale Miteinander und stellt eine Grundbedingung für den Glauben an die Demokratie dar. Doch Vertrauen muss gepflegt werden. Befragt man Jugendliche, zeigt sich, dass ihr Vertrauen mit Familie, Freund*innen und häufig mit Lehrer*innen verbunden ist, kaum hingegen mit Politik, noch weniger mit den Politiker*innen.

Dabei ist die Sichtweise auf die Demokratie eine positive. 80 Prozent der Jugendlichen wünschen sich diese Regierungsform. Ihre Vertreter*innen werden jedoch als zu unnahbar und desinteressiert empfunden. So fühlen sich junge Menschen von Politiker*innen zu wenig gehört und noch weniger verstanden.

Fragt man Menschen bis 29 Jahre in Österreich nach ihrem Vertrauen in die Politik, geben 42 Prozent an, dieses zumindest eher zu haben. Bei Schüler*innen sinkt dieser Wert leider deutlich, in Berufs- und Polytechnischen Schulen besonders. Mit schönen Worten und Versprechungen wird sich dies nicht ändern. Dass viele jungen Menschen wegen fehlender Staatsbürgerschaft kein Wahlrecht besitzen und kein Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln können, macht die Situation nicht besser.

Die Politiker*innen täten gut daran, ganz genau hinzuhören, welche Sorgen, Wünsche und Bedürfnisse junge Menschen haben. Die Klimakatastrophe wird immer deutlicher, die Wirtschaft schwächelt schon lange, Konflikte und Kriege dominieren die Nachrichten. Wer sollte da noch Freude daran haben, Utopien und Träume zu entwickeln?

Dabei wäre es gar nicht so schwer. Sobald Kindern und Jugendlichen ernsthaft zugehört und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Stimme zu erheben,

auszusprechen, was ihnen wichtig ist, und sobald ihnen Partizipation angeboten wird, entwickeln sie Ideen und dabei auch Hoffnung und Vertrauen.

Partizipation ist in der Österreichischen Bundesverfassung festgeschrieben. In den letzten Jahren sind zudem immer mehr Formen der Bürger*innenbeteiligung entwickelt worden. Daraus kann sich gerade für junge Menschen die Chance ergeben, früh zu lernen, die eigene Meinung zu äußern und sich allem voran eigenständig eine solche zu bilden. Das setzt Politische Bildung voraus, ebenso Medienbildung, solange beide nicht einfach passiv vermittelt werden.

Jene, die dabei unterstützt werden, sich tatsächlich zu beteiligen, haben meist ein positiveres Bild von der Welt, ihrem direkten Umfeld und auch von sich selbst. Tätig zu werden stärkt das Vertrauen in sich selbst und in andere.

Je früher Kinder und Jugendliche eingeladen werden, am demokratischen Miteinander teilzuhaben, desto besser. Je konkreter sie lernen, dass Demokratie, Menschenrechte und Freiheit nicht selbstverständlich sind, sondern persönliches Engagement brauchen, dass gerade das aber auch Freude bereiten kann, desto eher erfahren sie, wie wertvoll Demokratie und Eigenengagement sind.

Daniela Ingruber,
Demokratieforscherin am Institut
für Strategieanalysen (netPOL)



InklusivAktiv – Jugendarbeit inklusiv gestalten

Mit der Südtiroler Organisation netz setzt sich die BJV für mehr Inklusion und barrierefreie Teilhabe in der offenen und verbandlichen Jugendarbeit ein.



Im Herbst fand das Kick-Off für das Projekt „InklusivAktiv“ in Bozen, Südtirol statt. © BJV

15

Trotz der Ratifizierung der UN-Behinderertenrechtskonvention ist gesellschaftliche Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in Südtirol und Österreich noch immer keine Selbstverständlichkeit. Auch in der außerschulischen Jugendarbeit gibt es Herausforderungen: Häufig fehlen barrierefreie Strukturen und das nötige Wissen, um inklusive Angebote umzusetzen. Inklusive Jugendarbeit kann jedoch entscheidend dazu beitragen, dass junge Menschen ihre Freizeit ohne Barrieren genießen können. Dafür ist es notwendig, die unterschiedlichen Erfahrungen, Fähigkeiten und Bedürfnisse junger Menschen ernst zu nehmen.

Das mangelnde inklusive Angebot in Jugendgruppen entsteht jedoch nicht aus fehlendem Engagement, sondern aus Unsicherheiten, Zeitmangel und unzureichender Unterstützung. Genau hier setzt das Projekt InklusivAktiv an, das im

Herbst 2025 von der BJV gemeinsam mit der Südtiroler Organisation netz | Offene Jugendarbeit EO gestartet wurde. Ziel des grenzüberschreitenden Projekts ist es, die offene und verbandliche Jugendarbeit mit einer praxisnahen Toolbox zu unterstützen, damit Angebote inklusiver werden, Kompetenzen wachsen und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen steigt.

Zusammenarbeit über Grenzen hinweg

Im Zentrum des Projekts steht die Entwicklung der InklusivAktiv-Toolbox, die inklusive Methoden, Hintergrundwissen und konkrete Handlungsempfehlungen bündeln wird. Sie soll Organisationen und Jugendarbeiter*innen Orientierung geben sowie Hemmschwellen abbauen. Begleitet wird der Prozess durch den Inklusionsbeirat der BJV, der in Fokusgruppentreffen eigene Erfahrungen einbringt. Beim Kick-Off in Bozen im Oktober 2025

kamen erstmals Projektpartner*innen und Jugendarbeiter*innen zusammen. In Workshops und Diskussionen wurden Bedürfnisse ermittelt, Erfahrungen ausgetauscht und erste Schwerpunkte der Toolbox festgelegt.

Ausblick: Umfrage, Toolbox und Trainings

2026 werden die BJV und netz eine Umfrage unter Jugendarbeiter*innen und Mitgliedsorganisationen durchführen, um weitere Anliegen für die Toolbox zu sammeln. Nach Fertigstellung der Toolbox sind Trainings für Jugendarbeiter*innen geplant. Langfristig soll InklusivAktiv Inklusion für junge Menschen mit Behinderungen in der offenen und verbandlichen Jugendarbeit fest verankern und die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Südtirol stärken.

TOPSY Youth: Junge Menschen fordern mehr Unterstützung für ihre psychische Gesundheit

Im Projekt TOPSY Youth bekamen junge Menschen die Möglichkeit, sich mit Entscheidungsträger*innen über ihre Anliegen im Bereich der psychischen Gesundheit auszutauschen. Gefordert wurde u. a. mehr Mitsprache und Prävention.

16

Die Ergebnisse des Projekts wurden in einem eigenen Lagebericht zusammengefasst und im Sommer im Rahmen einer Pressekonferenz präsentiert.
© Lina Kroencke



Gemeinsam mit der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit (Kinderliga) hat die BJV 2025 das Projekt TOPSY Youth umgesetzt und abgeschlossen. Ziel war es, junge Menschen aktiv und verantwortungsvoll in Diskussionen über psychische Gesundheit einzubeziehen, ihre Perspektiven sichtbar zu machen und ihr Gefühl von Selbstwirksamkeit zu stärken. Partizipation stand dabei im Mittelpunkt: Es wurde nicht über, sondern mit Jugendlichen gesprochen, insbesondere auch mit Lehrlingen, deren Lebensrealitäten und Anliegen politisch und medial oft zu wenig Beachtung finden.

Dialoge von „Kopf zu Kopf“

Herzstück des Projekts war die Dialogreihe „Von Kopf zu Kopf“. Im Mai 2025 trafen Lehrlinge einer Wiener Berufsschule auf Entscheidungsträger*innen aus der Verwaltung und dem Gesundheitswesen. Bei einem zweiten Dialog konnten Jugendliche mit den Gesundheitssprecher*innen von SPÖ, NEOS und Grünen sowie mit Robert Lender, Leiter des Kompetenzzentrums Jugend im Bundeskanzleramt, über das Thema Psychische Gesundheit sprechen. Im Rahmen der Dialogreihe konnten die teilnehmenden Jugendlichen ihre Perspektiven direkt bei Politik und Ver-

waltung einbringen, Erfahrungen teilen und Fragen stellen. Die Offenheit vieler Entscheidungsträger*innen gegenüber den Anliegen der Jugendlichen wurde als ermutigend und als gegenseitiges Lernen wahrgenommen. Die Forderungen der jungen Menschen flossen in einen Lagebericht ein, dessen Kernergebnisse im August bei einer Pressekonferenz vorgestellt wurden.

Mehr Mitsprache, Prävention und Unterstützung

Die Dialogveranstaltungen verdeutlichten zentrale Herausforderungen der jungen Generation: Der Zugang zu

psychischer Unterstützung ist für viele Jugendliche schwierig, insbesondere in akuten Krisen. Fehlende Informationen, lange Wartezeiten, die Abhängigkeit von den eigenen Eltern und die geringe Sichtbarkeit von Hilfsangeboten verschärfen die Situation. Flächendeckende Akuthilfe ist dementsprechend ein zentrales Anliegen der Jugendlichen. Sie fordern kostenfreie psychosoziale Angebote, leicht zugängliche Erstkontakte, multiprofessionelle Teams an Schulen und eine bessere Sichtbarkeit bestehender Hilfsangebote.

Zudem wünschen sie sich grundlegend mehr Offenheit, Prävention und Entstigmatisierung in Bezug auf psychische Probleme. Lehrkräfte sollen besser geschult, Leistungsdruck reduziert und kostenfreie Freizeit- sowie Begegnungsräume ausgebaut werden, um Räume der analogen Begegnung zu schaffen. Auch die Einbindung der Eltern wird als entscheidend für das Wohlbefinden der Jugendlichen gesehen.

„Viele bestehende psychosoziale Unterstützungsangebote waren den Teilnehmenden überhaupt nicht bekannt. Hier braucht es gezielte Informationsweitergabe und die Bewerbung der Angebote – etwa über Social Media, aber auch direkt in Schulen“, fasste es BJV-Vorsitzender Ahmed Naief zusammen.

Auch digitale Räume spielten bei den Dialogen eine zentrale Rolle. Gerade von Sozialen Plattformen zeichnen die Jugendlichen ein differenziertes und reflektiertes Bild. Social Media bietet Zugang zu Informationen, Unterstützung und Austausch, kann aber auch Druck erzeugen, Fake News verbreiten und Vergleichsdruck erzeugen.

Die Jugendlichen sind sich einig, dass digitale Räume sicherer reguliert werden müssen, um Desinformation, Mobbing und sexuelle Belästigung zu verhindern. Gleichzeitig muss die Medienkompetenz von Schüler*innen, Lehrpersonal und Eltern gestärkt werden.

Ergebnisse fließen in die BJV-Arbeit ein

Das Projekt TOPSY Youth hat gezeigt, dass beim Thema Psychische Gesundheit eine echte Beteiligung der Jugendlichen hilft, Probleme zu benennen, gehört zu werden und gemeinsam Lösungen für Hilfe, Prävention und Entstigmatisierung zu entwickeln. Die Ergebnisse des Lageberichts fließen nun laufend in die Arbeit der BJV ein, um die Jugendgesundheit zu fördern.

Du möchtest die Ergebnisse des Lageberichts „Von Kopf zu Kopf“ nachlesen? Einen Download und die Möglichkeit den Bericht zu bestellen, findest du unter www.bjv.at/topsy!

In zwei Dialogveranstaltungen erarbeiteten Jugendliche ihre Forderungen im Bereich der psychischen Gesundheit. © Markus Gradwohl



Wahljahr bei der Vollversammlung 2025

Im März 2025 fand die 24. Vollversammlung statt. Neben der Wahl eines neuen Vorsitzteams und Vorstands gab es einen wichtigen Beschluss: Die Beiräte wurden offiziell in die Geschäftsordnung der BJV aufgenommen.

18



Die BJV-Vorsitzenden Anna Schwabegger, Sebastian Stark, Lejla Visnjic und Ahmed Naief mit Bundesministerin Claudia Bauer bei der Vollversammlung 2025. © BJV/Kirill Lialin

Gemäß dem Zweijahresrhythmus fanden am 20. März 2025 die Wahlen für den neuen Vorsitz und Vorstand statt. Dafür kamen über 100 Delegierte der 57 Mitgliedsorganisationen in der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik zusammen. Als neues Vorsitzteam wurden Ahmed Naief (MJÖ), Anna Schwabegger (PPÖ), Sebastian Stark (JVP) und Lejla Visnjic (SJ) gewählt.

Insgesamt 13 Kandidat*innen stellten sich außerdem der Wahl in den Vorstand. Neu gewählt wurden Anna Bohmann (Kinderfreunde/Rote Falken), Matthias Hauer (ÖGJ), Martin Lahmer (KJS), Klemens Lesigang (KJÖ) und Anne Urbanek (AKS). Der Wiederwahl in den Vorstand stellten sich Paul Freysinger (SU), Magdalena Polsterer (Landjugend) und Hannah Rippel (EJÖ).

Rückblick auf Erfolge des Vorjahres

Begleitend zu den Wahlen fand auch die Mitgliedermesse statt, die den Austausch zwischen den Mitgliedsorganisationen fördert und Raum für Informationen über laufende Aktivitäten bietet. Ebenso stand auf der Tagesordnung ein Rückblick auf die Erfolge und Aktivitäten im Jahr 2024. Zu den Highlights zählten u. a. die Kinderrechte-Kampagne „Unsere Rechte, eure Spielregeln“, Veranstaltungen zum Superwahljahr, das neue Positionspapier „Aufwachsen in Frieden und Sicherheit“ und die Ausweitung der kostenlosen HPV-Impfung für alle unter 30 bis Ende 2025. Auch das Frauenkomitee, der Kinderbeirat und der Inklusionsbeirat berichteten über ihre Arbeit.

Verankerung der Beiräte in der BJV

Der Kinderbeirat und der Inklusionsbeirat bringen einerseits die Perspektive von Kindern und andererseits die von jungen Menschen mit Behinderungen in die BJV

ein, sodass ihre Anliegen besser vertreten werden. Um diese Rolle langfristig abzusichern, wurde beantragt, die Beiräte in die BJV-Geschäftsordnung aufzunehmen und somit dauerhaft in der BJV zu verankern. Der Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Anerkennung durch Politik und Jugendministerin

Auch mehrere politische Ehrengäste nahmen an der Vollversammlung teil. Claudia Bauer, Bundesministerin für Europa, Integration und Familie, unterstrich die Relevanz der Arbeit der BJV und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit. Die Nationalratsabgeordnete Barbara Neßler (Grüne-Jugend Sprecherin), Paul Stich (SPÖ-Jugend Sprecher) und Sophie Wotschke (NEOS-Jugend Sprecherin) bedankten sich für das Engagement der jungen Menschen, das gerade in Krisenzeiten von besonderer Bedeutung ist.

Junge Menschen gegen das Vergessen

Angesichts der aktuellen Entwicklungen machte das Gedenkjahr 2025 einmal mehr deutlich, dass Rassismus, Hass und Diskriminierung keinen Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen.



Der BJV-Vorstand und -Vorsitz nahm auch heuer am Jugendgedenkmarsch in Mauthausen teil. © Samuel Haijes

Seit ihrer Gründung steht die BJV für Antifaschismus, Antirassismus und eine lebendige Erinnerungskultur ein. In Zeiten, in denen Menschen- und Kinderrechte weltweit missachtet werden, Kriege und Konflikte zunehmen und sich hasserfüllte Inhalte über Soziale Medien schneller und ungefilterter verbreiten als je zuvor, gilt es für die BJV umso mehr, genau hier einen Beitrag zu leisten.

Gemeinsam für ein „Niemals wieder“
Anlässlich des 80. Jahrestags der Befreiung des KZ Mauthausen stand die internationale Gedenkfeier unter dem Motto „Gemeinsam für ein Niemals wieder!“. Rund vierzig Delegationen unterschiedlichster Jugendorganisationen versammelten sich gemeinsam mit der BJV zu einem Jugendgedenkmarsch. Er führte über die 186 Stufen der Todesstiege vom Steinbruch hinauf zum Europäi-

schen Kinder- und Jugenddenkmal. An diesem Ort wurde insbesondere jener Kinder und Jugendlichen gedacht, die Opfer des Nationalsozialismus wurden.

Für mehr Menschlichkeit

Die BJV-Vorsitzenden Anna Schwabegger und Ahmed Naief hielten dort auch eine Rede, bei der sie die Anwesenden ermutigten, nicht wegzusehen und aktiv für eine Gesellschaft einzustehen, die auf Menschlichkeit baut. Besonders junge Menschen dürften sich nicht einschüchtern lassen, wenn es darum geht, für demokratische Grundwerte, Frieden und Menschenrechte einzustehen. „Frieden, Freiheit, Menschenrechte und demokratische Grundwerte sind keine Selbstverständlichkeiten. Wir alle tragen Verantwortung dafür, sie zu schützen, zu stärken und weiterzugeben. Damit alle Kinder und Jugendlichen in einer Welt aufwachsen können, in der

sie sich frei entfalten dürfen – in Würde, in Freiheit, in Frieden“, waren sich Schwabegger und Naief einig.

Auch an die Politik richteten die Vorsitzenden klare Worte: Nationalsozialistische Sprache zu verwenden, Personengruppen aufgrund ihrer Herkunft oder Religion auszugrenzen und die soziale Kluft weiter zu stärken, nährt den Boden für Hass und gesellschaftliche Spaltung nur weiter.

Die BJV setzt sich aber nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene für die Gedenkarbeit und Erinnerungskultur ein. Dabei steht sie in laufendem Austausch mit der israelischen Jugendvertretung (CYMI).

Klimajugendrat 2025: Junge Stimmen für effektiven Klimaschutz



Die Sieger*innen des Climate Action Awards 2025 mit den BJV-Vorsitzenden Lejla Visnjic und Sebastian Stark nach der Preisverleihung im Nationalratssaal. © Markus Gradwohl

Vom 6. bis 8. Oktober 2025 veranstaltete die BJV ihren vierten Klimajugendrat im Parlament. Rund 80 junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren waren aus ganz Österreich angereist, um sich drei Tage lang über ihre klimapolitischen Anliegen und Forderungen auszutauschen.

Der erste Tag der Dialogveranstaltung stand ganz im Zeichen des Kennenlernens und ermöglichte durch einen Input von Johannes Stangl vom Klimadashboard einen inhaltlichen Einstieg. Unter dem Motto „Handabdruck statt Fußabdruck“ wurde beim Klimajugendrat in diesem Jahr mit der sogenannten Wand der Beteiligung ein neues Element eingeführt. Im Laufe der drei Tage wurden auf dieser verschiedenste Möglichkeiten zum Aktivwerden gesammelt.

Am zweiten Tag lag der Fokus auf der näheren Auseinandersetzung mit Klimathemen und der gemeinsamen Vorbereitung auf den Dialog mit der Politik. Dazu konnten die Jugendlichen am Vormittag auf das Wissen und die

Erfahrungen von Expert*innen aus unterschiedlichen klimapolitischen Bereichen zurückgreifen. Am Nachmittag legten die Teilnehmer*innen dann die Themen fest, zu denen sie sich tags darauf mit den Abgeordneten austauschen wollten.

Breite Palette an Forderungen

Am dritten Tag folgte schlussendlich der Höhepunkt des Klimajugendrats: So viele Abgeordnete wie nie zuvor – insgesamt 18 und von allen im Parlament vertretenen Parteien – stellten sich in verschiedenen Themenbereichen, wie Verkehrspolitik, Biodiversität oder zukunftsfähigem Wirtschaften, der Diskussion mit den Jugendlichen.

Die Abgeordneten zeigten sich beeindruckt von der Entschlossenheit und dem Wissen der Teilnehmenden. Anschließend wurden die Politiker*innen zum Abschluss der Dialogrunden aufgefordert, ein Commitment dazu abzugeben, welche Forderung sie in den kommenden Monaten in ihrer politischen Arbeit vorantreiben werden.

Beim Klimajugendrat diskutierten junge Menschen aus ganz Österreich mit Nationalratsabgeordneten aller Parlamentsparteien über ihre klimapolitischen Forderungen.

Die Jugendlichen selbst definierten abschließend drei Kernforderungen pro Themenbereich. Diese reichten von konkreten Maßnahmen, die das Leben junger Menschen direkt verbessern würden, bis hin zu Forderungen, die der gesamten Gesellschaft im Kampf gegen die Klimakrise helfen sollen. Besonders dringend sei eine rasche Einigung der Regierungsparteien auf ein neues Klimagesetz.

Konkret fordern sie u.a., dass klimaschädliche Subventionen gestoppt werden. Stattdessen soll ein sozial gerechtes Besteuerungssystem geschaffen werden, das umweltschädliches Verhalten stärker besteuert. Weiters drängten die Jugendlichen auf eine stärkere Vermittlung von Klimabildung, auf autofreie Zonen in Großstädten, eine stärkere Förderung von Windenergie sowie darauf, dass öffentliche Verkehrsmittel vor allem am Land und während der Nacht ausgebaut werden. Alle Forderungen im Detail sind in der ausführlichen Dokumentation zum Klimajugendrat zu finden – diese kann kostenlos über www.bjv.at bestellt werden.



Die Teilnehmer*innen erarbeiteten ihre Forderungen und diskutierten diese am letzten Tag mit zahlreichen Politiker*innen.
© Markus Gradwohl

Klimaprojekte wurden ausgezeichnet
Zum Auftakt des Klimajugendrats verlieh die BJV im Nationalratssaal auch heuer den Climate Action Award in drei Kategorien an Klimaprojekte, die von jungen Menschen umgesetzt wurden.

Die Preisträger*innen des Climate Action Awards 2025 sind:

- Kategorie Klimakunst & -kultur:
„Arts for Change – Change for Arts“ des Vereins forum n
- Kategorie Klimaaktion:
„Strom von morgen – heute von uns gebaut“ der TFS Haslach
- Kategorie Klimadialog:
„Klimagefühle-Workshop“ der Psychologists for Future Austria

BJV trägt Forderungen des Klimajugendrats weiter

Der Klimajugendrat ist für junge Menschen und Politiker*innen mittlerweile ein jährlicher Fixpunkt in Sachen Jugendbeteiligung und Klimapolitik. Mit dem Klimajugendrat ermöglicht die BJV einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Jugend und Politik. Ob sich Jugendliche von der Politik ausreichend gehört fühlen, hängt dabei jedoch auch davon ab, ob Worten Taten folgen. Deshalb wird die BJV im Interesse der jungen Teilnehmer*innen dranbleiben und nachfragen.

Der Klimajugendrat 2025 fand auf Einladung des Nationalratspräsidenten Walter Rosenkranz im Parlament statt und wurde u.a. durch den Klima- und Energiefonds finanziert.

Die Teilnehmer*innen des Klimajugendrats 2025 widmeten sich drei Tage lang im Parlament klimapolitischen Themen. © Markus Gradwohl





2025 für

Kinder und

Jugendliche

Österreichs Jugend in Zahlen

Mit ihrer Lobby-Arbeit vertritt die BJV die Anliegen und Bedürfnisse von rund drei Millionen Menschen unter 30 Jahren. Hier ein kurzer Überblick in Zahlen.



1.766.260 Mio.

**0- bis 19-Jährige
wurden 2025
in Österreich gezählt.**



1.078.639 Mio.

**20- bis 29-Jährige
wurden 2025
in Österreich gezählt.**

23

Quelle: Statistik Austria

In Österreich umfasst die Altersgruppe „Jugend“ alle jungen Menschen bis zur Vollendung ihres 30. Lebensjahres (vgl. Bundes-Jugendvertretungsgesetz/B-JVG und Bundes-Jugendförderungsgesetz/B-JFG). 2025 waren das laut Statistik Austria exakt 2.844.899 Menschen. Davon waren über 1,76 Millionen nicht älter als 19 Jahre.

Die Zahl der 20- bis 29-Jährigen betrug über 1,07 Millionen. Rund 1,47 Millionen der 0- bis 29-Jährigen waren Buben bzw. Männer. Der Anteil der Mädchen bzw. Frauen belief sich auf rund 1,37 Millionen. Bei diesen Zahlen handelte es sich um Personen mit österreichischer oder ausländischer Staatsbürgerschaft.

Die Anzahl an Personen, die maximal 19 Jahre alt waren und die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen, lag im vergangenen Jahr bei rund 1,36 Millionen. Rund 771.253 Österreicher*innen waren zwischen 20 und 29 Jahren alt.

Nicht alle sind wahlberechtigt

Seit 2007 – mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre – nimmt Österreich in der Europäischen Union (EU) beim Thema Mitbestimmung eine Vorreiterrolle ein. Rund 1,05 Millionen der 16- bis 29-Jährigen mit österreichischer Staatsbürgerschaft waren 2024 wahlberechtigt. Rund 386.000 junge Menschen durften aber aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht mitbestimmen. Das sind hierzulande mehr als 26 Prozent aller 16- bis 29-Jährigen.

Anzahl der Lehrlinge ist 2025 wieder gesunken

2025 verzeichnete die Statistik Austria sowohl im Schul- als auch im Hochschulbereich einen Anstieg. Die Anzahl der Lehrlinge ging 2025 im Vergleich zu 2024 wieder zurück.

Die Wirtschaftskammer zählte 102.878 Lehrlinge, das sind 3.574 weniger als noch 2024. Fast ein Drittel der Lehrlinge sind weiblich. Die meisten Aus-

zubildenden sind wie auch 2024 in Oberösterreich (21.390), Wien (17.715) und Niederösterreich (16.421) tätig.

Zu Beginn des Schuljahres 2024/25 gab es in Österreichs Schulen rund 1,18 Mio. Schüler*innen, das sind etwa 13.100 mehr Schüler*innen als im Schuljahr davor und bedeutet einen Anstieg von rund 1,1 Prozent. Laut Statistik Austria zeigt sich der Zuwachs vor allem im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen und ist weiterhin auf die Zuwanderung zurückzuführen. In der AHS-Unterstufe gab es im vergangenen Schuljahr mit rund 125.400 Schüler*innen einen neuen Höchststand.

401.934 Studierende wurden im Wintersemester 2024/2025 an Österreichs Hochschulen gezählt, das sind um 0,4 Prozent mehr als im Jahr davor.



1.379.127 Mio.

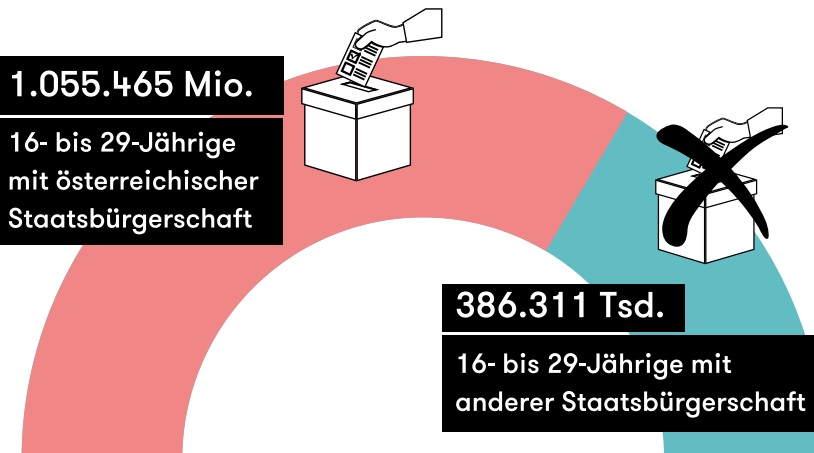
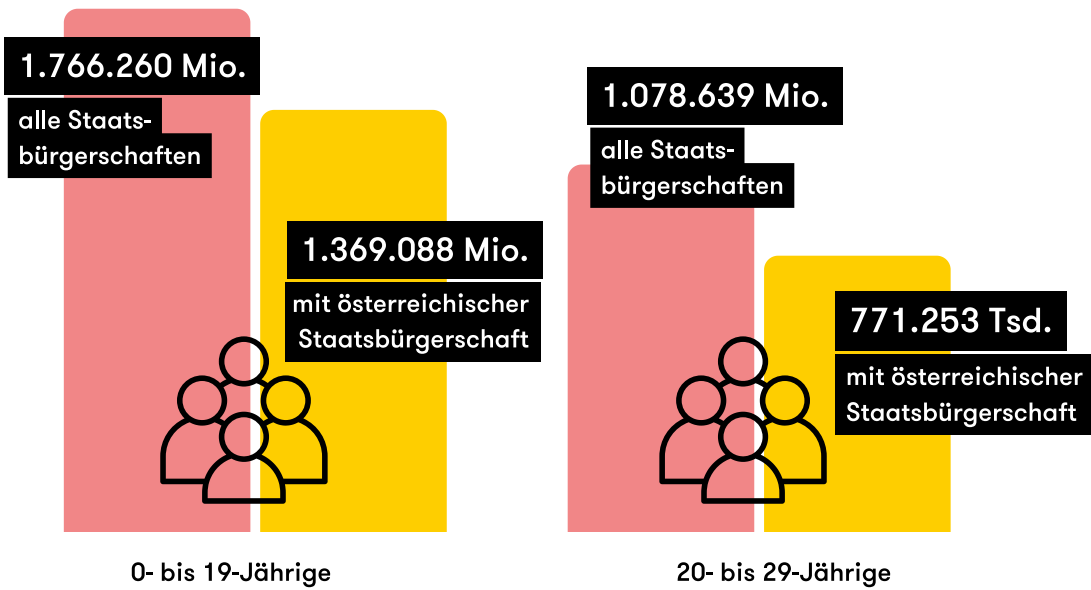
**Mädchen/Frauen
unter 30 Jahre**

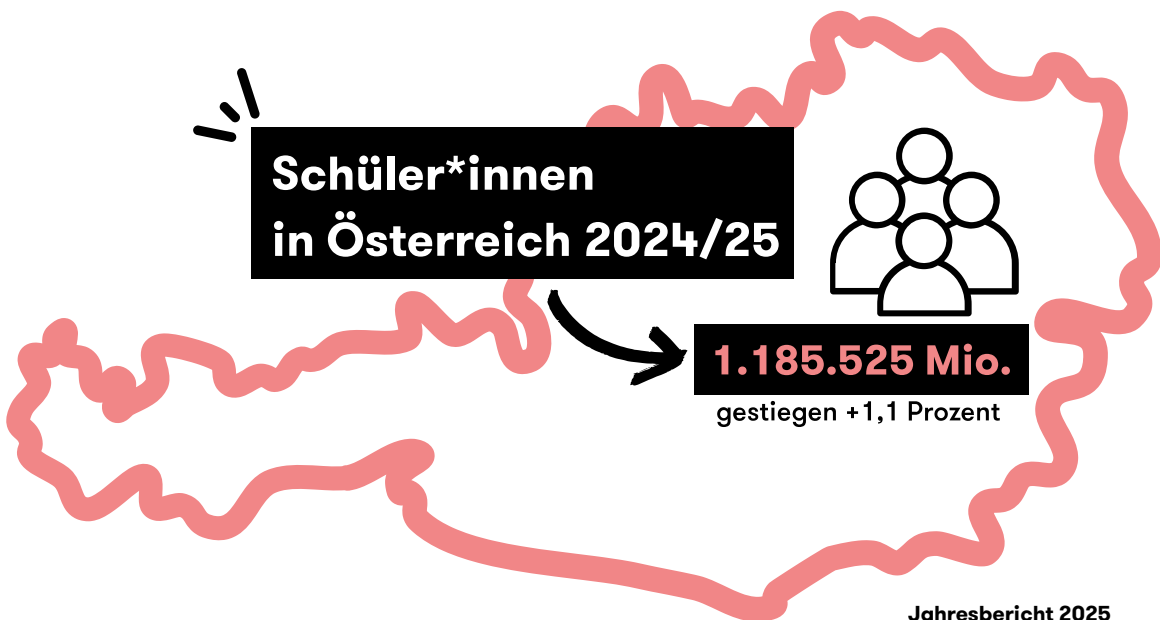
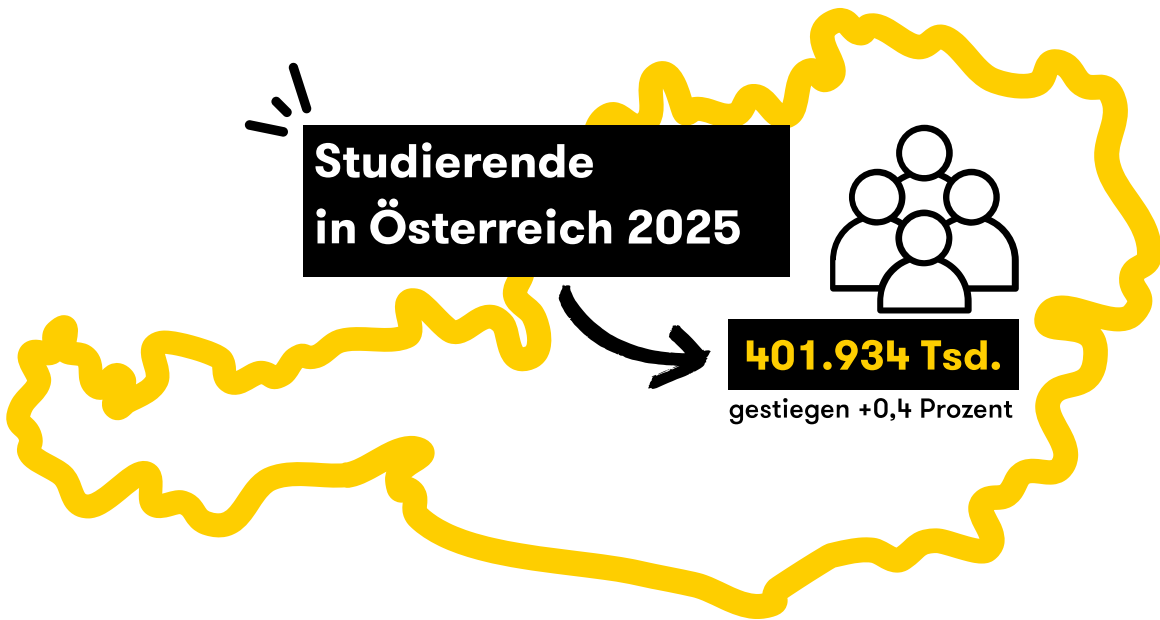


1.465.722 Mio.

**Buben/Männer
unter 30 Jahre**

24





Gesundes Aufwachsen für Kinder und Jugendliche sichern

Trotz wichtiger Maßnahmen im Regierungsprogramm kommt die mentale Gesundheit junger Menschen weiterhin zu kurz. BJV fordert bessere Versorgung und den Ausbau präventiver Maßnahmen.

26



Vorstandsmitglied Paul Freysinger (2. v. l.) und BJV-Referentin Sophie Hammer nahmen an der Pressekonferenz anlässlich der Mental Health Days teil. © BJV

Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention, Youth Goal #5 und SDG #3: Diese Rechte und Ziele widmen sich alle der Gesundheit junger Menschen und sollen Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen ermöglichen. Dennoch unternimmt die Politik noch immer zu wenig, wenn es darum geht, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu verbessern – besonders im Bereich der psychischen Gesundheit.

Der Amoklauf in Graz im Juni 2025 machte auf tragische Weise deutlich, wie dringend etwa zusätzliche Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen gebraucht werden. Zwar plant die Regierung, bis 2027 rund 300 neue Stellen für Schulpsychologie zu schaffen, doch aus Sicht der BJV reicht das nicht aus: Mindestens eine Schul-

psychologin oder ein Schulpsychologe pro 1.000 Schüler*innen wäre nötig, um den tatsächlichen Bedarf zu decken.

Wichtige Pläne, unsichere Finanzierung

Die Regierung hat in ihrem Arbeitsübereinkommen zwar Investitionen speziell in die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen vorgesehen, aber viele dieser Maßnahmen stehen unter Budgetvorbehalt. Das heißt, sie werden nur umgesetzt, wenn das Geld auch wirklich da ist. Gleichzeitig steigen die psychischen Belastungen bei Jugendlichen.

Hier kann auch die Weiterführung von „Gesund aus der Krise“ nur bedingt Abhilfe schaffen. „Das Projekt ‚Gesund aus der Krise‘ ist ein wichtiges Angebot und wir begrüßen die weitere Finanzierung.

Die psychische Gesundheit junger Menschen darf in Zukunft aber nicht mehr von Projekt zu Projekt gereicht werden. Das Ziel muss sein, jetzt an einer flächendeckenden kassenfinanzierten Versorgung zu arbeiten. Jede junge Person, die Hilfe braucht, soll diese auch bekommen“, betonte BJV-Vorsitzende Lejla Visnjic nach der Evaluierung des Projekts im Dezember 2025.

Um der herausfordernden Situation rund um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden, braucht es aus Sicht der BJV einen umfassenden Ansatz, der eine sinnvolle Kombination aus Prävention, Gesundheitsförderung und Versorgung beinhaltet. Darauf wies die BJV etwa auch bei der Präsentation der „Mental Health Days Studie“ im Jänner 2025



BJV-Vorsitzende Anna Schwabegger, ÖH-Vorsitzende Selina Wienerroither und Lili Pick vom Verein HPV-Impfung jetzt! (v. l. n. r.) bei der Pressekonferenz am Campus der Universität Wien. © ÖH

hin. BJV-Vorstandsmitglied Paul Freysinger betonte dort, u. a. wie wichtig rasche Unterstützungsmaßnahmen sind.

Auch die Ergebnisse des Projekts „Topsy Youth“ (siehe Seite 16), das gemeinsam mit der Liga für Kinder und Jugendgesundheit umgesetzt wurde, zeigen klaren Handlungsbedarf in vielen Bereichen auf. Dazu gehören u. a. kassenfinanzierte, österreichweit einheitlich verfügbare diagnostische und therapeutische Angebote für Psychotherapie sowie für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, ebenso wie niederschwellige Angebote im Bereich telefonischer und digitaler psychosozialer Beratung.

HPV-Impfung für alle unter 30 soll kostenlos bleiben

Aber nicht nur im Bereich der psychischen Gesundheit forderte die BJV 2025 präventive Maßnahmen: Auch die Weiterführung der kostenlosen HPV-Impfung für alle unter 30 hatte für die BJV hohe Priorität. So konnte auch ein klei-

ner Erfolg gefeiert werden: Gemeinsam mit dem Verein HPV-Impfung jetzt! und der Österreichischen Hochschüler_innenschaft (ÖH) erreichte die BJV eine Verlängerung der kostenlosen Nachholaktion der HPV-Impfung. Diese lief daraufhin für alle 21- bis 30-Jährigen bis Ende des Jahres 2025.

Die BJV fordert jedoch weiterhin, dass die HPV-Impfung für unter 30-Jährige ins kostenlose Impfprogramm aufgenommen wird. Denn auch das Nationale Impfgremium empfiehlt die HPV-Impfung bis zum vollendeten 30. Lebensjahr. „Die Gesundheitsvorsorge von jungen Menschen darf nicht an Kosten scheitern. Wir rufen die Regierung auf, jetzt nicht an der falschen Stelle zu sparen und die HPV-Impfung für alle unter 30 ins kostenlose Impfprogramm zu übernehmen“, betonte BJV-Vorsitzende Anna Schwabegger bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Verein HPV-Impfung jetzt! und der ÖH.

Gesund aus der Krise

„Gesund aus der Krise“ bietet jungen Menschen bis 21 Jahren rasche, niederschwellige psychosoziale Unterstützung. Interessierte können sich einfach anmelden und bis zu 15 Einheiten Psychotherapie, Klinisch-psychologische Behandlung, Musiktherapie oder Ähnliches in Anspruch nehmen. Das Projekt wurde von der schwarz-grünen Regierung ins Leben gerufen und wird von der aktuellen Regierung derzeit weitergeführt.

Klimapolitik: Ein Schritt vor, zwei zurück

Das vergangene Jahr brachte viele klimapolitische Veränderungen mit sich. Mit dem Klima-Kapitel im neuen Regierungsprogramm wurden viele Weichen neu gestellt.



Die von der BJV koordinierte Stakeholder-Plattform trifft sich in regelmäßigen Abständen, um sich über Klimathemen auszutauschen. © BJV

Auch wenn sie derzeit medial nicht so präsent ist, zählt die Klimakrise laut Ö3-Jugendstudie 2025 nach wie vor zu den wichtigsten Themen, die Kinder und Jugendliche beschäftigen. Dass sich junge Menschen bei klimapolitischen Fragen einbringen wollen, zeigte auch die große Zahl an motivierten Teilnehmenden beim vierten Klimajugendrat der BJV im Parlament und die Einreichungen beim Climate Action Award (siehe Seite 20). Umso bedenklicher ist es also aus Sicht der BJV, dass Klimapolitik bei der Regierungsbildung im Frühjahr 2025 eine deutlich geringere Rolle spielte als die Jahre zuvor.

Klimakapitel im Jugendcheck

Wie auch schon bei vorangegangenen Regierungen analysierte die BJV das

Koalitionsabkommen aus Jugendperspektive. Die Bilanz in Sachen Klimapolitik fiel diesmal jedoch ernüchternd aus: Klimapolitik hat sich im aktuellen Regierungsprogramm zu einem Randthema entwickelt und die Vorhaben der Regierung spiegeln nicht die Bedeutung wider, die Klimaschutz für junge Menschen hat. Im Gegenteil: Die Regierung greift viele wichtige Aspekte nur halbherzig oder gar nicht auf.

So ist es etwa aus Sicht der BJV eine Frage von sozialer und intergenerationaler Gerechtigkeit, dass diejenigen, die mehr CO₂ verursachen, auch stärker zur Verantwortung gezogen werden. Ebenso fordert die BJV hinsichtlich der globalen Klimagerechtigkeit insbesondere die Finanzierung von Maßnahmen zur

Anpassung an den Klimawandel in besonders betroffenen Regionen und die tatsächliche Bereitstellung aller zugesagten Klimafinanzierungsgelder.

Auf EU-Ebene plädiert die BJV für eine verantwortungsvolle, nachhaltige europäische Fiskalpolitik – ganz unter dem Zeichen der Klima- und Generationengerechtigkeit. Dafür braucht es jedoch zuerst eine Evaluierung der EU-Fiskalregeln, um Staaten mehr Möglichkeiten für nachhaltige öffentliche Investitionen und einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft zu verschaffen.

Denn viele Klimaschutz-Maßnahmen sind derzeit von Einsparungen bedroht oder bereits betroffen – unabhängig davon, wie wirksam sie sind. Argumentiert

wird mit der budgetär schwierigen Lage und mit der damit verbundenen Spar-kurse. Gleichzeitig werden längst über-fällige und altbekannte Schief lagen nicht in Angriff genommen. Das promi-nenteste Beispiel ist die von zahlreichen Expert*innen geforderte Abschaffung klimaschädlicher Subventionen (laut Klimaministerium 4,1 bis 5,7 Milliar-den). Anstatt an Stellschrauben wie dem Dieselprivileg oder der Pendler-pauschale zu drehen, wurde die höhere Normverbrauchsabgabe für SUVs, die erst vor wenigen Jahren eingeführt wur-de, im vorigen Jahr unter der aktuellen Regierung wieder abgeschafft.

Jugend fordert wirksames Klimaschutzgesetz

Umso mehr heißt es für die BJV jetzt, im Interesse junger Menschen am Thema

dranzubleiben und mehr Tempo bei der Klimapolitik zu fordern. Deshalb hat sich die BJV vergangenen Herbst einem Bündnis von zahlreichen Kinder- und Jugendorganisationen angeschlos-sen, die die Regierung und allen voran Klimaminister Norbert Totschnig in ei-nem offenen Brief dazu auffordern, end-lich ein neues Klimaschutzgesetz mit klaren Emissionspfaden zu beschließen.

Ein Klimaschutzgesetz, das das Errei-chen der Klimaneutralität bis 2040 si-cherstellt, war auch heuer wieder eine der Hauptforderungen beim Klima-jugendrat. Weitere Forderungen der Teilnehmer*innen betreffen u. a. große Hebel in den Bereichen Mobilität und Energie. Diese Ergebnisse sind auch 2026 ein wichtiger Input für die Lobby-ing-Arbeit der BJV.

Zusätzlich zu Beteiligungsformaten for-cierte die BJV in Sachen Klima vor allem auch Vernetzung und Austausch, etwa indem sie die Perspektive der ökologi-schen Kinderrechte bei Veranstaltungen und in Gremien einbringt oder auch durch eigene Aktivitäten. So koordiniert die BJV seit 2024 die sogenannte Stakeholder-Plattform, die stetig wächst und viel Zuspruch aus den Bereichen Klima-kommunikation und Jugendbeteiligung erhält. Im dritten Jahr ihres Bestehens wird sich die Plattform in ihren Treffen mit dem Themenfeld „Fake News & Des-information“ beschäftigen.

Mehr Infos zu den Aktivitäten der BJV finden sich hier:
www.bjv.at/nachhaltigkeit

Gemeinsam mit weiteren Organisationen forderte die BJV in einem offenen Brief ein wirksames Klimaschutzgesetz. © Fridays For Future/Noomi Sollak



Junge Menschen als aktive Friedensgestalter*innen

Laut der Ö3-Jugendstudie haben 82 Prozent der Jugendlichen Angst vor Krieg. Deshalb machte der BJV-Vorstand auch 2025 Frieden und Sicherheit zu einem zentralen Schwerpunkt.



Die BJV-Vorsitzenden Lejla Visnjic und Sebastian Stark stellten die Forderungen des Positionspapiers „Aufwachsen in Frieden und Sicherheit“ genauer vor. © BJV



Die Broschüre zu „Aufwachsen in Frieden und Sicherheit“ ist über die BJV-Website kostenlos bestellbar. © BJV

Die Sorge junger Menschen vor Krieg kommt nicht von irgendwo: Laut Global Peace Index ist die Zahl der Konflikte weltweit so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Mehr als jedes sechste Kind weltweit wächst heute in einem Konfliktgebiet auf. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die anhaltende Gewalt im Nahen Osten oder auch im Sudan zeigen, wie sehr Kinder und junge Menschen unmittelbar von bewaffneten Konflikten betroffen sind.

Bereits 2015 erkannte der UN-Sicherheitsrat diese Realität an und verabschiedete die Agenda „Youth, Peace and Security“ (YPS). Diese verpflichtet die Mitgliedsstaaten dazu, junge Menschen aktiv in Friedens- und Sicherheitsprozesse einzubinden – so auch Österreich. Doch zehn Jahre später fehlen bislang konkrete nationale Maßnahmen.

Forderung nach Nationalem Aktionsplan

Die BJV fordert daher, dass in Österreich ein Nationaler Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung der Agenda erarbeitet wird. Dieser ist auch ein zentraler Aspekt des im Frühjahr 2025 veröffentlichten BJV-Positionspapiers „Aufwachsen in Frieden und Sicherheit“. Gemeinsam mit Vertreter*innen ihrer Mitgliedsorganisationen erarbeitete die BJV aus der Perspektive junger Menschen ein



Bei der Podiumsdiskussion diskutierten Politiker*innen aller Parlamentsparteien über das Aufwachsen in Frieden und Sicherheit. © BJV

umfassendes Verständnis von Frieden sowie Sicherheit und konkrete politische Positionen, die Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen und Leben in einer friedlichen, sicheren sowie gerechten Gesellschaft ermöglichen sollen.

Der Begriff Frieden wird dabei bewusst ganzheitlich verstanden – nicht nur als Abwesenheit von Krieg, sondern als Sicherung von Lebensgrundlagen. Dabei spielen demokratische Teilhabe, Bildung, Klimaschutz, Digitalisierung und Geschlechtergerechtigkeit eine ebenso wichtige Rolle wie die klassische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wertvolle Impulse für die Erarbeitung des Positionspapiers brachte die Zusammenarbeit mit der finnischen Jugendvertretung Nuorisola im Rahmen eines Erasmus+ geförderten Projekts. Denn als erstes Land, das 2021 einen NAP zu Jugend, Frieden und Sicherheit verabschiedet hat, gilt Finnland als Vorreiter in der Umsetzung der YPS-Agenda.

Diskussionsveranstaltung im Parlament

Das fertige Positionspapier der BJV wurde im Mai bei einer Veranstaltung

im Parlament präsentiert und mit Vertreter*innen aller Parlamentsparteien diskutiert. Die Abgeordneten stellten sich dabei auch den Fragen junger Menschen und gingen unter anderem darauf ein, ob die Parteien einen NAP zu Jugend, Frieden, Sicherheit unterstützen würden, wie junge Menschen bei Sicherheitsthemen besser eingebunden werden könnten oder auch, wie sie zu einer Ausweitung des Wehrdienstes auf Frauen stehen würden.

Arbeit, die Wirkung zeigt

Auf internationaler Ebene tragen vor allem die UN-Jugenddelegierten die Forderungen der BJV weiter. Sie machen sich mit UNYDs aus anderen Ländern für das Thema Youth, Peace, Security stark, bringen sich in aktuelle Prozesse dazu ein und erheben ihre Stimmen bei internationalen Konferenzen, wie beispielsweise der UN-Generalversammlung.

Auf nationaler Ebene wurde im Juni 2025 erstmals im Familienausschuss und im Umweltausschuss des Nationalrats über die Umsetzung eines NAP zu Jugend, Frieden und Sicherheit diskutiert. Ebenso wurde BJV-Vorsitzende

Anna Schwabegger als beratendes Mitglied in die Wehrdienstkommission aufgenommen, die Empfehlungen für eine Umgestaltung des Wehrdienstes erarbeitete.

Klar ist: Die BJV wird sich auch in Zukunft weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass junge Menschen als unverzichtbare Akteur*innen in Friedens- und Sicherheitsdebatten anerkannt und eingebunden werden.

Kinder- und Jugendarmut

Kinder und Jugendliche sind überdurchschnittlich armutsgefährdet. Die BJV fordert wirksame Maßnahmen, allen voran die rasche Umsetzung der geplanten Kindergrundsicherung.

Die anhaltende Teuerung belastete auch 2025 Jugendliche, junge Erwachsene und Jungfamilien. Kinder- und Jugendarmut bleibt dabei ein zentrales strukturelles Problem. Laut den jüngsten EU-SILC-Zahlen ist mehr als jedes fünfte Kind in Österreich von Armut betroffen oder bedroht. Das entspricht rund 344.000 Kindern. Besonders hoch ist das Armutsrisiko in Einelternhaushalten sowie in Familien mit mehreren Kindern.

Armut in der Kindheit bedeutet dabei weit mehr als nur kurzfristige materielle Einschränkungen im Alltag. Sie hat langfristige Folgen: Kinderarmut wirkt sich negativ auf die körperliche und psychische Gesundheit, auf Bildungswege und auf die soziale Teilhabe aus. Ungleiche Startbedingungen verfestigen sich und schränken Zukunftschancen von Kindern nachhaltig ein. Ein Umstand, der der Umsetzung der Kinderrechte widerspricht und politische Gegenmaßnahmen erfordert.

Teuerung und Sparmaßnahmen verschärfen Lage

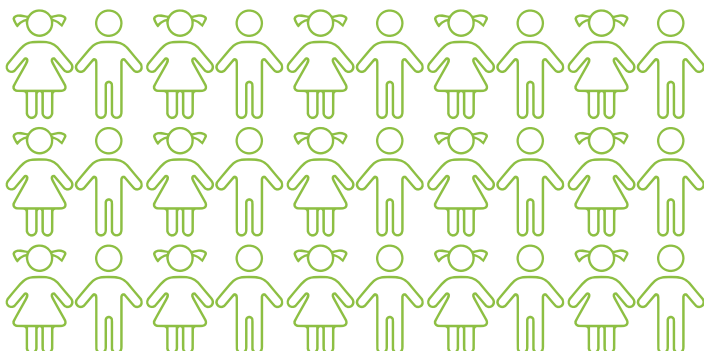
Die anhaltende Teuerung und Einsparungen im Sozialbereich machten 2025 die Lage für armutsgefährdete Kinder und Jugendliche noch schwieriger. Steigende Kosten für Wohnen, Energie und Lebensmittel belasten vor allem Familien mit wenig Einkommen. Gleichzeitig sind die Kosten für Kinder in den letzten Jahren stark gestiegen, während Familienleistungen nicht angepasst wurden. Dadurch steigt das Armutsrisiko für Kinder weiter. Auch junge Erwachsene in Ausbildung oder am Beginn ihres Berufslebens haben oft kaum finanzielle Reserven, um höhere Kosten auszugleichen.

Kindergrundsicherung umsetzen

Die BJV setzt sich seit vielen Jahren für eine nachhaltige Bekämpfung von Kinderarmut ein und sieht dabei die Einführung einer Kindergrundsicherung als ein wesentliches Instrument an. Dass dieses

Anliegen 2025 im Regierungsprogramm von ÖVP, SPÖ und NEOS verankert wurde, ist ein wichtiger politischer Schritt. Entscheidend ist aber nun, dass diesen Ankündigungen auch konkrete Maßnahmen folgen.

Das erklärte Ziel, Kinderarmut durch eine zweisäulige Kindergrundsicherung zu halbieren, ist aus Sicht der BJV notwendig und längst überfällig. „Armut verwehrt Kindern das Recht auf angemessene Lebensbedingungen und ein gesundes Aufwachsen. Mit der Umsetzung der Kindergrundsicherung kann die Politik diesen Benachteiligungen endlich entgegenwirken“, betonte BJV-Vorsitzende Lejla Visnjic am Tag gegen Armut.



344.000 Tsd.

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind nach EU-Definition armuts- oder ausgrenzungsgefährdet.

Engagement, das zählt: Wirkung der Kinder- und Jugendarbeit

Besonders in Krisenzeiten zeigt sich einmal mehr, welchen wichtigen Beitrag die Kinder- und Jugendarbeit leistet. Die BJV hat deshalb ein Projekt zur Wirkungsmessung gestartet.



1,5 Millionen
junge Menschen engagieren
sich ehrenamtlich.
Das ist jede zweite Person.

33

Quelle: BJV-Studie „Wirkung der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit in Österreich“

In Zeiten großer Verunsicherung und rapider geopolitischer Entwicklungen stellt die Kinder- und Jugendarbeit einen wichtigen Eckpfeiler unserer Gesellschaft dar. Sie bietet oft ein wichtiges soziales Netz und räumt jungen Menschen zum Beispiel die Möglichkeit ein, offen über Themen zu sprechen. Um diese wichtige Arbeit auch weiterhin finanzieren zu können, hat die neue Regierung Anfang des Jahres in ihrem Programm die unveränderte Ausbezahlung der Bundesjugendförderung festgehalten. Diese Maßnahme ist aus BJV-Sicht als besonders positiv zu bewerten – vor allem angesichts der steigenden Kosten, die auch die vielen Ehrenamtlichen hierzulande treffen.

1,5 Millionen junge Ehrenamtliche

Jede zweite junge Person unter 30 Jahren ist ehrenamtlich tätig. Das sind 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche, ohne deren Engagement viele Angebote undenkbar wären. Bereits 2021 führte die BJV eine repräsentative Studie im Rahmen der Kampagne „Junges Engagement“ durch. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass sich Kinder- und Jugend-

arbeit positiv auf die Einstellung von jungen Menschen zur Demokratie auswirkt. Ebenso zeigen die Studienergebnisse, dass junge Menschen, die sich engagieren, ein höheres Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft haben.

Wirkung von Kinder- und Jugendarbeit messbar machen


Doch welche Wirkung hat die Kinder- und Jugendarbeit heute? Um diese Frage zu beantworten hat die BJV ein Projekt gestartet, das an die Ergebnisse der zuvor genannten Studie anschließt und sich damit beschäftigt, wie die Wirkung von Kinder- und Jugendarbeit auf teilnehmende Kinder und Jugendliche ganz praktisch und kontinuierlich gemessen werden kann. Ziel des Projekts ist es, Tools zu testen, die für Organisationen der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit nutzbar sind. Sie sollen dabei helfen, Aktivitäten einer Wirkungsmessung zu unterziehen und langfristig zu überprüfen, welche Wirkung sie auf teilnehmende Kinder und Jugendliche haben.

Das Projekt wird von der BJV koordiniert und von Erasmus+ gefördert. Die wissen-

schaftliche Begleitung und Ausarbeitung des Projekts liegt dabei beim Berliner Forschungsinstitut Youth Policy Labs. Weitere durchführende Projektpartner sind die Landjugend, die Pfadfinder*innen, das Jugendrotkreuz, die Evangelische Jugend und die Blasmusikjugend.

Publikation einer Handreichung

Nach einer ausführlichen wissenschaftlichen Analyse der aktuellen Methoden der Wirkungsmessung im Bereich der Jugendarbeit in Österreich und im internationalen Vergleich, finden Anfang 2026 Erhebungen in Fokusgruppen statt. Außerdem werden Methoden in einigen Projekten der beteiligten Organisationen wissenschaftlich begleitet sowie erprobt. Die Ergebnisse werden zum Projektabschluss in Form einer Handreichung zur niederschweligen Wirkungsmessung für die verbandliche Jugendarbeit zusammengefasst. Diese steht im Anschluss auf der BJV-Website zum kostenlosen Download zur Verfügung.



Kinder- und Jugend- beteiligung

Frauenkomitee schafft Räume für Austausch

Das BJV-Frauenkomitee setzte 2025 vielfältige feministische Schwerpunkte und förderte die Vernetzung sowie den Dialog zwischen jungen Frauen*.



Im Herbst organisierte das Frauenkomitee einen Stadtspaziergang zur Geschichte der Frauenbewegung mit Petra Unger. © BJV

35

Im Frühjahr 2025 kam es zu einem Wechsel im Team des BJV-Frauenkomitees: Nach der Wahl von Lejla Visnjic in den BJV-Vorsitz leiteten Alena Boskovic und Anja Bauer das Komitee ab März zu zweit. Ziel der gemeinsamen Arbeit blieb es, feministische Themen sichtbar zu machen, Austausch zu ermöglichen und jungen Frauen* Räume für Vernetzung und Mitgestaltung zu eröffnen.

Workshops, Lesungen und Stadtspaziergänge

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Frauenkomitees standen 2025 die Auseinandersetzung mit Geschlechtsstereotypen, patriarchalen Strukturen und Selbstbestimmung. Besonders gut angenommen wurden dabei eine Lesung mit der Autorin Barbi Markovic zu ihrem Buch „Piksi“ und ein Poetry-Slam-Workshop mit Künstlerin Mervat, bei denen persönliche Erfahrungen als Frau* in Österreich in Worte gefasst wurden.

Zudem widmete sich das Frauenkomitee bei einem Stadtspaziergang mit der Historikerin Petra Unger der Geschichte der Frauenbewegung in Österreich und feministischen Kämpfen im öffentlichen Raum. In Kooperation mit der Arbeiterkammer und den Gewerkschaftsfrauen wurden im Rahmen der Dialogreihe „gleich:ungleich“ zwei Veranstaltungen organisiert – zum Thema Zeitarbeit und zu demokratischer Teilhabe.

Ein Jahreshighlight war auch die Selbstbestimmungskampagne des Frauenkomitees auf den Social-Media-Kanälen der BJV. Frauen* aus Mitgliedsorganisationen präsentierten dabei, was für sie Selbstbestimmung bedeutet. Den Abschluss der Kampagne bildete ein Comic-Workshop mit Esma Bosnjakovic, die unter dem Namen „Strudelworte“ tätig ist. Anliegen zum Thema Selbstbestimmung wurden in Comics verpackt.

Einsatz für mehr Gewaltschutz und Prävention

Als beratende Stimme im BJV-Vorstand machten die Sprecherinnen des Frauenkomitees 2025 auf den dringend notwendigen Ausbau von Gewaltschutzmaßnahmen und Präventionsarbeit aufmerksam. Sie berichteten von den bereits durchgeführten Aktivitäten und betonten zugleich die Bedeutung des Abbaus von Geschlechterstereotypen. Darüber hinaus engagierte sich das Frauenkomitee auch auf Social Media im Rahmen der Aktion „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“.

Ausblick

2026 wird das Team des BJV-Frauenkomitees neu gewählt. Die Wahl findet im Mai statt. Der Austausch und die Vernetzung von Frauen sollen auch künftig zentrale Elemente der Arbeit des Frauenkomitees bleiben.

Kinderbeirat: Mitreden, mitbestimmen und mitgestalten

Die Themen Demokratie und Kinderrechte dominierten das Jahr des BJV-Kinderbeirats. Einen spannenden Austausch gab es u. a. mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Wie können Kinder ihre Meinungen in politische Entscheidungen einbringen? Diese und andere Fragen beschäftigten im vergangenen Jahr den BJV-Kinderbeirat, der sich intensiv mit Themen wie Demokratie und Kinderrechten auseinandersetzte. Zahlreiche Kinder aus Wien, Niederösterreich, dem Burgenland und Salzburg nahmen an den Treffen teil und nutzten die Gelegenheit, ihre Perspektiven, Anliegen und Forderungen einzubringen – und so die Sichtweise von Kindern aktiv in die Arbeit der BJV einfließen zu lassen.

Die Arbeit im Kinderbeirat ist spielerisch und altersgerecht gestaltet. In Workshops, Diskussionen und kreativen Methoden setzten sich die Kinder mit ihren Rechten auseinander, lernten demokratische Prozesse kennen und übten, ihre Meinungen selbstbewusst zu vertreten.

Mitbestimmung und das Ernstnehmen der Sichtweisen von Kindern stehen dabei stets im Vordergrund. Die Kinder beschäftigten sich sowohl mit gerechter politischer Beteiligung, dem aktuellen inhaltlichen Schwerpunkt der BJV, als auch mit weiteren jugend- und kinderpolitischen Themen, die ihnen besonders am Herzen liegen.

Austausch mit der Politik

Ihre Anliegen trugen die Kinder auch selbst in die Politik: So tauschte sich der Kinderbeirat mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen sowie dem Kinderrechte-Ausschuss des Bundesrates aus. Gefordert wurden u. a. mehr Mitbestimmung für Kinder auf allen politischen Ebenen, Maßnahmen gegen Gewalt an Kindern, ein stärkerer Klimaschutz sowie der Schutz von Tieren und Umwelt.

Ausflug nach Salzburg

Ein besonderes Highlight war auch ein Besuch bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft in Salzburg, wo auch Kinder aus Salzburg die Möglichkeit hatten, am Kinderbeirat teilzunehmen. Inhaltlich beschäftigten sich die Beiratsmitglieder insbesondere mit den Themen Schule und Bildung, Beteiligung, Teuerungen sowie Umweltschutz. Diese Themen spiegeln jene Bereiche wider, die Kinder unmittelbar in ihrem Alltag betreffen. Die Diskussionen zeigten deutlich, dass Kinder sehr klare Vorstellungen davon haben, was sie sich von der Politik wünschen – sei es eine gerechtere Schule, mehr Mitsprachemöglichkeiten, leistungsfähiges Leben oder ein konsequenter Umweltschutz.

Der Kinderbeirat hat sich in der Hofburg mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen getroffen. © HBF/Peter Lechner



Inklusionsbeirat: Gemeinsam sichtbar und vernetzt

2025 widmete sich der BJV-Inklusionsbeirat vor allem dem Thema Selbstbestimmung und arbeitete beim neuen BJV-Projekt InklusivAktiv mit.



37

Der Inklusionsbeirat hat dieses Jahr verschiedene Forderungen erarbeitet, u. a. auch zu inklusiver Bildung und inklusivem Wohnen.
© BJV

Der BJV-Inklusionsbeirat bringt die Perspektiven junger Menschen mit Behinderungen in die Arbeit der BJV ein. Im Jahr 2025 standen dabei Themen wie Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen, persönliche Assistenz, Freizeit, Wohnen und Gleichstellung im Mittelpunkt.

Der Beirat setzt sich zum Beispiel dafür ein, persönliche Assistenz bundesweit einheitlich und leicht zugänglich zu machen und die Sichtbarkeit junger Menschen mit Behinderungen in Politik und Öffentlichkeit zu stärken.

Die Mitglieder beschäftigten sich außerdem kritisch mit dem Taschengeldsystem von Werkstätten und sprachen sich klar für die Auszahlung eines fairen Lohns aus. Sie setzen sich zudem für den gezielten Abbau von Barrieren so-

wie die Überwindung von Berührungängsten durch Sensibilisierung ein.

Ein inklusiveres Bildungssystem nach den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention gehört ebenfalls zu den zentralen Forderungen. Begleitet wurden die Beiratstreffen im vergangenen Jahr von BJV-Vorstandsmitglied Hannah Rippel, die dabei Unterstützung von der UN-Jugenddelegierten Katharina Reisenbauer erhielt.

Austausch und inklusive Jugendarbeit
2025 legte der Beirat auch einen Schwerpunkt auf die Stärkung seiner eigenen Sichtbarkeit und Vernetzung. Mitglieder des Beirats nahmen beispielsweise am Dialogforum der Lebenshilfe teil und tauschten sich mit dem Behindertenrat sowie dem Jugendbeirat des Tiroler Monitoringausschusses aus.

Im Rahmen des BJV-Projekts InklusivAktiv fungiert der Inklusionsbeirat zudem als Fokusgruppe. Dabei bringt er seine Expertise in die Entwicklung einer Toolbox für inklusive Jugendarbeit ein und stellt sicher, dass die Perspektiven junger Menschen mit Behinderungen von Anfang an berücksichtigt werden.

Dialog mit Politik geplant
2026 möchten die Mitglieder des Inklusionsbeirats direkt mit der Politik über ihre Forderungen sprechen. Dafür werden Gesprächstermine mit Entscheidungsträger*innen geplant und bisherige Positionen vertieft.

Jugend berät EU-Kommissionspräsidentin

Die BJV ist Teil des neu gegründeten President's Youth Advisory Boards und bringt bei diesem die Perspektive der österreichischen Jugend ein.

38



BJV-Vorsitzende Anna Schwabegger (3. Reihe, 4. v. l.) beim ersten Treffen des President's Youth Advisory Boards mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. © European Union, 2025

Junge Perspektiven sind auf allen politischen Ebenen gefragt – auch auf EU-Ebene. So hat sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen u. a. zum Ziel gesetzt, junge Stimmen stärker in die EU-Politik einzubeziehen. Dafür hat sie im Sommer 2025 ein Youth Advisory Board ins Leben gerufen.

Mitglieder des Youth Advisory Boards sind junge Menschen aus allen 27 EU-Ländern, die von ihrer nationalen Jugendvertretung nominiert wurden, sowie Vertreter*innen des Europäischen Jugendforums (YFJ). BJV-Vorsitzende Anna Schwabegger und die Europäische Jugenddelegierte Anna-Marie Christely vertreten die österreichische Jugend im Youth Advisory Board und nehmen abwechselnd an den Sitzungen teil.

Social-Media-Altersgrenze in Europa?

2025 wurde viel über eine EU-weite Regelung zu Social-Media-Altersgrenzen diskutiert. Neben vielen Chancen birgt der digitale Raum auch erhebliche Risiken und Gefahren. Da diese Regelung Jugendliche direkt betrifft, fand passend dazu im Dezember 2025 das erste Treffen des Youth Advisory Boards statt. Anna Schwabegger nutzte dabei die Möglichkeit, um die Position der BJV zu diesem Thema direkt an die EU-Kommissionspräsidentin weiterzutragen.

Denn aus Sicht der BJV würde eine Anhebung der Altersgrenzen für Soziale Medien die Kernprobleme des digitalen Raums nicht lösen. Schon die bestehenden Altersbeschränkungen können leicht umgangen werden. Für einen sicheren digitalen Raum braucht es vor allem zwei Dinge:

1. Schutzmaßnahmen, wie etwa standardisierte Meldebuttons; schützende Voreinstellungen, die die Privatsphäre schützen; ein wirksames Vorgehen gegen Falsch- und Desinformation.
2. Einen Ausbau der Vermittlung von Medienkompetenz in der Schule, unter Lehrkräften, Eltern und Erziehungsberechtigten.

Weitere Treffen 2026 geplant

Zwar ist noch unklar, inwiefern die Stimme der Jugend in politische Entscheidungsprozesse einfließt, jedoch steht fest, dass 2026 zwei weitere Treffen des Youth Advisory Boards geplant sind. Bei diesen sollen weitere aktuelle Themen diskutiert werden. Das zweite Treffen findet voraussichtlich im Sommer statt; bis dahin werden die Ergebnisse zum Schwerpunkt Social Media zusammengefasst.

Starke Jugendstimmen auf europäischer Ebene



Die EYDs Michael Stadlmann und Anna-Marie Christely vertreten Österreichs Kinder und Jugendliche auf EU-Ebene. © BJV

Die Europäischen Jugenddelegierten (EYDs) Michael Stadlmann und Anna-Marie Christely brachten 2025 die Forderungen von jungen Menschen aus Österreich in ganz Europa ein.

39

Austausch mit nationalen Jugendvertretungen aus ganz Europa, Treffen mit europäischen Politiker*innen und viele Diskussionen zu Themen, die auf EU-Ebene verhandelt werden: All das fällt in den Aufgabenbereich der Europäischen Jugenddelegierten (EYDs) der BJV. Im Jahr 2025 waren die beiden EYDs Michael Stadlmann und Anna-Marie Christely für Österreichs Jugend in ganz Europa unterwegs. Bei Konferenzen und Veranstaltungen brachten sie diverse Forderungen der jungen Generation ein.

Vom EU-Jugenddialog bis zum Europarat

Das passierte etwa bei den EU-Jugendkonferenzen in Lublin (Polen) und Kopenhagen (Dänemark), die im Rahmen des EU-Jugenddialogs stattfanden. Die EYDs diskutierten dort gemeinsam mit anderen Jugenddelegierten, welche Maßnahmen nötig sind, damit die EU näher an junge Menschen heranrückt. Ebenfalls ein Thema war, wie ein starkes Erasmus+ Programm auch in Zukunft gesichert werden kann.

Auf der Österreichischen Jugendkonferenz 2025, die im Juni in Linz stattgefunden hat, nahmen Michael Stadlmann und Anna-Marie Christely eine Brückenfunktion zwischen dem österreichischen und dem europäischen Prozess ein, indem sie ihr Wissen mit den Teilnehmenden teilten.

EYD Michael Stadlmann nahm außerdem als Jugenddelegierter an der zehnten Konferenz der Jugendminister*innen des Europarats teil, bei welcher eine gemeinsame Deklaration zur Stärkung junger Menschen in allen Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde. Anna-Marie Christely war auf verschiedenen Panels und Veranstaltungen in Österreich aktiv, berichtete von ihrer Aufgabe als EYD und brachte eine europäische Perspektive in Debatten vor Ort ein.

Vertretung im Europäischen Jugendforum

Die BJV ist aktives Mitglied im Europäischen Jugendforum (YFJ) und wird dort durch die EYDs vertreten. Diese nehmen an den zweimal jährlich stattfindenden Generalversammlungen des YFJ teil und bringen dabei die Positionen der BJV ein. Bei den Versammlungen, die 2025 einmal in Brüssel (Belgien) und einmal in Kandersteg (Schweiz) stattfanden, wurden jugendrelevante Themen diskutiert und gemeinsame Positionen verabschiedet.

Viel diskutiert wurden u. a. die Social-Media-Altersgrenzen sowie die Themen Frieden und Sicherheit in Europa. Auch Mitglieder selbst können Themen einbringen: So hat die BJV gemeinsam mit der Flämischen Jugendvertretung einen inhaltlichen Antrag zum UN-Jugenddelegierten-Programm und der Notwen-

digkeit einer stärkeren Koordination der UN Youth Delegates auf EU-Ebene eingebracht.

Generell ist die BJV gut vernetzt und steht in regelmäßigem Austausch mit anderen nationalen Jugendvertretungen. So findet vor jeder YFJ-Generalversammlung ein Netzwerktreffen mit zwölf anderen Jugendvertreter*innen statt – auch hier sind die EYDs mit dabei.

Das Europäische Jugendforum (YFJ) vertritt die Anliegen und Interessen junger Menschen aus ganz Europa und bringt die Perspektiven junger Menschen in europäische Entscheidungsprozesse ein. Die BJV ist aktives Mitglied im YFJ. Neben anderen nationalen Jugendvertretungen aus ganz Europa sind auch auf EU-Ebene aktive Jugendorganisationen im YFJ organisiert.

EU-Jugenddialog: Junge Menschen für ein starkes Europa

Mit Jahresbeginn startete die 11. Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialogs, bei der sich junge Menschen dem Youth Goal #1 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“ genauer widmeten.

40



Die BJV-Vorsitzenden Sebastian Stark und Anna Schwabegger präsentierten die Ergebnisse der aktuellen Beteiligungsrunde in einer Pressekonferenz. © BJV

Mit dem Jugenddialog, ein EU-weiter Beteiligungsprozess, werden die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen sichtbar. Ihre Perspektive wird anschließend auf europäische, nationale und regionale politische Ebene getragen.

In Österreich koordiniert die BJV diesen Prozess und setzt dazu Aktivitäten um, wie beispielsweise Umfragen, Workshops, Dialoge zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträger*innen sowie die Österreichische Jugendkonferenz. Dabei widmet sich jede Beteiligungsrunde einem konkreten Youth Goal und dauert eineinhalb Jahre – passend zur aktuellen Trio-Ratspräsidentschaft.

Junge Menschen fordern mehr Mitsprache

Im Frühling 2025 startete die 11. Beteiligungsrunde mit europaweiten Konsultationen junger Menschen. Im Fokus standen dabei u. a. folgende Fragestellungen: Wie soll eine wirkungsvolle Beteiligung von jungen Menschen auf EU-Ebene aussehen? Und wie kann ein gutes Zusammenleben in der EU gelingen?

An einer Online-Umfrage beteiligten sich hierzulande über 2.280 junge Menschen zwischen 14 und 30 Jahren. Die Ergebnisse zeigen klar, dass sich junge Menschen auf EU-Ebene, aber auch auf nationaler Ebene mehr Mitspracherecht erwarten. Ein Großteil der Befragten sieht viele positive Entwicklungen, die die EU für sie im Alltag gebracht hat. Grundsätzlich herrscht Vertrauen in die EU-Institutionen, gleichzeitig glauben aber viele Teilnehmer*innen nicht, dass die Anliegen von jungen Menschen ausreichend berücksichtigt werden.

Ähnliche Ergebnisse zeichneten sich bei bundesweiten Workshops mit Schulklassen und Jugendgruppen sowie der Österreichischen Jugendkonferenz im Juni in Linz ab. Junge Menschen haben die EU und ihre Institutionen nicht abgeschrieben. Sie sehen aber vieles kritisch und fordern konkrete Maßnahmen zur Verbesserung.

Information und Bildung stärkt Vertrauen in die EU

Die rund 60 Teilnehmenden der dreitägigen Österreichischen Jugendkonferenz

in Linz, die im Juni stattfand, identifizierten Information und Bildung als Voraussetzungen für mehr Beteiligung und ein stärkeres Vertrauen in politische Institutionen. Informationen müssen einfach und jugendgerecht zur Verfügung stehen, Prozesse transparent kommuniziert und EU-Bildung sowie die Stärkung von Demokratiekompetenzen in allen Bildungseinrichtungen ausgebaut werden.

Junge Menschen wissen, dass sie am längsten von heutigen Entscheidungen betroffen sind. Daher fordern sie, dass zukünftige Generationen viel stärker mitgedacht werden.

Die Teilnehmenden aus ganz Österreich und Südtirol trugen ihre Anliegen an die Landesrät*innen für Jugend, politische Entscheidungsträger*innen sowie Jugendministerin Claudia Bauer heran. Die teilnehmenden Politiker*innen bekannten sich dazu, konkrete Schritte zur Umsetzung einiger Ideen in die Wege zu leiten.

So soll beispielsweise in Oberösterreich eine digitale Plattform entwickelt werden, über die mehr Angebote, Beteiligungsmöglichkeiten und Informationen jugendgerecht verbreitet werden. Auch in Niederösterreich setzt man auf mehr digitale Informationen durch die Ausrollung der Plattform AHA-Plus. Analoge Formate, wie ein Generationen-Café auf Gemeindeebene, sollen zu mehr Austausch zwischen den Generationen führen.

EU-weite Ergebnisse liefern ähnliches Bild

Auf EU-Ebene wurden die Meinungen junger Menschen aus allen EU-Ländern gesammelt und ausgewertet. Die Analyse deckt sich weitgehend mit den österreichischen Ergebnissen. Sie unterstreicht aber noch stärker, dass sich junge Menschen mit sozio-ökonomisch benachteiligten Hintergründen und geringerer Bildung der EU weitaus weniger zugehörig fühlen und auch viel EU-skeptischer sind.

Im November 2025 wurden die Ergebnisse der diesjährigen Konsultationsphase bei einem Pressegespräch im Haus der EU präsentiert. Die BJV arbeitet nun mit den Forderungen weiter und trägt diese an politische Entscheidungsträger*innen heran.

Neue EU-Programme und eine neue EU-Jugendstrategie

In den kommenden zwei Jahren wird es auf europäischer Ebene spannend: Das größte Mobilitäts- und Kooperationsprogramm der EU – Erasmus+ – wird gerade verhandelt und die neue Jugendstrategie überarbeitet. Das wird auch bei der nächsten EU-Jugendkonferenz in Zypern im März 2026 zum Hauptthema. Zum Abschluss der 11. Beteiligungsrunde findet Mitte Juni 2026 auch in Österreich wieder eine Jugendkonferenz statt – diesmal in Niederösterreich.



Bei der Österreichischen Jugendkonferenz erarbeiteten die Teilnehmenden Forderungen, die sie anschließend mit Politiker*innen diskutierten. © BJV/Kirill Lialin

Trio-Ratspräsidentschaft

Alle sechs Monate übernimmt ein anderer EU-Mitgliedsstaat den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Damit politische Aufgaben langfristig betreut werden, arbeiten jeweils drei EU-Mitgliedsstaaten über 18 Monate in der „Trio-Ratspräsidentschaft“ zusammen. Eine Trio-Ratspräsidentschaft begleitet auch jeweils eine Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialogs.

Die 11. Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialogs findet unter der Trio-Ratspräsidentschaft Polen, Dänemark und Zypern von Jänner 2025 bis Juli 2026 statt. Mehr Informationen zum EU-Jugenddialog gibt es unter www.jugenddialog.at.

Rund 60 Teilnehmer*innen aus allen Bundesländern und Südtirol widmeten sich dem Youth Goal #1 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“. © BJV/Kirill Lialin



UN-Jugenddelegierte: Internationale Politik für junge Stimmen

Die UNYDs engagierten sich auch 2025 in internationalen Gremien der Vereinten Nationen, um den Anliegen von Kindern und jungen Menschen mehr Gehör zu verschaffen.

42



Die UNYDs Markus Wainde Wane und Katharina Reisenbauer vertreten alle Kinder und Jugendlichen Österreichs auf UN-Ebene. © BJV

Seit 13 Jahren entsendet die BJV UN Youth Delegates (UNYDs) zu den Vereinten Nationen. Dort setzen sie sich im höchsten politischen Gremium, der UN-Generalversammlung und in anderen UN-Foren, für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein. 2025 übernahmen Jana Berchtold, Markus Wainde Wane und Katharina Reisenbauer diese Aufgabe. Für Events und Workshops reisten sie quer durch Österreich und sprachen mit jungen Menschen über ihre Anliegen, um diese zu den Vereinten Nationen mitzunehmen.

Für die Stärkung von Mädchen- und Frauenrechten

Jana Berchtold, UNYD von 2023 bis 2025, reiste im März als Mitglied der österreichischen Delegation zur 69. UN-Frauenstatuskommission (CSW). Diese

ist die wichtigste internationale Konferenz für Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte. Die UN-Jugenddelegierte konnte dort in einem offiziellen Statement vor den UN-Mitgliedsstaaten die Perspektive der österreichischen Kinder und Jugendlichen einbringen. In ihrer Rede wies sie u. a. nachdrücklich darauf hin, dass gerade in Zeiten globaler Konflikte, eine Stärkung der Mädchen- und Frauenrechte wichtiger denn je ist.

Der Fokus lag 2025 darauf, keine Rückschritte zu machen. „Denn Frauen haben in Teilen der Welt fast gar keine Rechte mehr, in anderen werden sie immer mehr verdrängt“, berichtete Jana Berchtold und ergänzte: „Hier sprechen Mädchen aus Afghanistan, die ab 12 Jahren nicht mehr in die Schule gehen dürfen. Ich habe Frauen aus der Ukrai-

ne, dem Sudan und Syrien zugehört, die aufgrund von Krieg und Gewalt Unglaubliches erleben mussten.“

Vom ECOSOC-Jugendforum zur UN-Generalversammlung

Markus Wainde Wane übernahm das UNYD-Mandat im Juni 2024. Er durfte 2025 gleich zweimal bei UN-Gremien in New York teilnehmen. Den Auftakt machte das ECOSOC Jugendforum im April. Dieses jährlich stattfindende Event bietet jungen Menschen aus der ganzen Welt die Möglichkeit, mit den UN-Mitgliedsstaaten und anderen internationalen Akteur*innen in den Dialog zu treten.

In diesem Jahr wurde der Schwerpunkt des Forums darauf gelegt, wie wissenschaftliche Erkenntnisse und soziale



UNYD Markus Wainde Wane nutzte die Zeit bei der UNGA, um sich mit anderen Jugenddelegierten zu vernetzen. © BJV

Inklusion konkret zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele genutzt werden können. Rund 30 Minister*innen sowie zahlreiche junge Vertreter*innen aus aller Welt tauschten sich in verschiedenen Formaten und Diskussionsrunden dazu aus.

80 Jahre Vereinte Nationen

Zum zweiten Mal ging es für Markus Wainde Wane im Herbst nach New York, wo er an der 80. Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) teilnahm. Dort nutzte Markus gleich mehrere offizielle Redemöglichkeiten, um die Anliegen junger Menschen einzubringen, die er in den Monaten zuvor bei seiner Österreich-Tour gesammelt hatte. Den Höhepunkt bildete dabei das Eröffnungsstatement vor dem Dritten Komitee der UN-Generalversammlung. In seiner Rede thematisierte der UNYD Ungleichheiten, Inklusion, geschlechtsspezifische Gewalt und auch das Recht auf ein Aufwachsen in Frieden und Sicherheit.

Passend dazu betonte er auch bei der Feier zum 30-jährigen Bestehen des World Programme on Action for Youth vor Staats- und Regierungsvertreter*innen, dass inklusive Praktiken entscheidend sind, um eine nachhaltige, friedliche und demokratische Zukunft für alle zu schaffen.

Während seiner Zeit in New York nahm Markus Wainde Wane auch an vielen Veranstaltungen teil und organisierte ein eigenes Side Event in der Ständigen Vertretung Österreichs, um konkrete nächste Schritte für die Umsetzung der UN-Agenda Youth, Peace and Security (YPS) aus Jugendperspektive zu erarbeiten. Er vernetzte sich dabei mit anderen Jugenddelegierten sowie Expert*innen und beriet die österreichische Delegation bei den Verhandlungen der UN-Jugendresolution.

Seit Juni 2025 ist Katharina Reisenbauer neue UN-Jugenddelegierte. Gemeinsam mit Markus ist sie in Österreich unterwegs, um die Anliegen von jungen Menschen einzuholen, aber auch um die Nachhaltigkeitsziele der UN bekannter zu machen. Ihre Schwerpunkte liegen auf den SDGs Geschlechtergleichheit, Gesundheit und Wohlergehen sowie Klimaschutz.

Mehr Einblicke in die Arbeit der UNYDs sind auf Instagram unter @at_unyd zu finden!



UNYD Markus Wainde Wane hielt bei der 80. UN-Generalversammlung vor dem 3. Komitee eine Rede. © BJV

Öffentlichkeitsarbeit

Pressestimmen

Die Medienarbeit zählt mitunter zu den zentralen Aufgaben der BJV als Interessenvertretung. Mit dieser konnte die BJV im vergangenen Jahr die Stimme junger Menschen stärker in der Öffentlichkeit sichtbar machen und so mehr Bewusstsein und Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse und Perspektiven von Kindern und Jugendlichen schaffen. Die Themenpalette ist breit – von mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten über Klimaschutz und psychische Gesundheit bis hin zu Kinderrechten – wie die nachstehenden Auszüge aufzeigen:

44

OÖNachrichten

Auch Paul Freysinger von der Bundesjugendvertretung (BJV) unterstrich die große Bedeutung von Unterstützungsmaßnahmen bei psychischen Problemen. Er forderte einen Psychologen bzw. Psychologin pro 1.000 Schüler sowie einen Schulsozialarbeiter – sonst drohe „ein Flächenbrand, der nur mehr sehr schwierig zu stoppen ist“.

Oberösterreichische Nachrichten, 20.1.2025

ORF

Und die Forderungen? Die liegen längst auf dem Tisch: „Ganz klar: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Sie wollen mitreden und wir müssen das endlich ernst nehmen. Der zweite Punkt ist die psychische Gesundheit. Es braucht ausreichend ausfinanzierte Kassenplätze für Psychotherapie. Und der dritte Punkt ist ein leistbares Leben – man will positiv in die Zukunft blicken“, so BJV-Vorsitzende Lejla Visnjic.

ZIB Magazin, 9.4.2025

KURIER

Die überparteiliche Bundesjugendvertretung (BJV) möchte das Sprachrohr für die Anliegen von rund 3 Millionen Kindern und Jugendlichen in Österreich sein. Am heutigen Donnerstag fanden in der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien die Wahlen für den Vorsitz und den Vorstand dieses Gremiums statt. Zu den neuen Vorsitzenden wurden von den Delegierten mit überwiegender Mehrheit Ahmed Naief (Muslimische Jugend Österreich), Anna Schwabegger (Pfadfinderinnen und Pfadfinder Österreichs), Sebastian Stark (Junge Volkspartei) und Lejla Visnjic (Sozialistische Jugend) gewählt.

Kurier, 20.3.2025

VIENNA.AT

Auch die Bundesjugendvertretung (BJV) kritisierte das Aussetzen der Valorisierung von Familienleistungen. Dadurch werde das Risiko erhöht, dass noch mehr Kinder in Armut aufwachsen. Probleme hat die BJV außerdem mit der Klimapolitik von Schwarz-Rot-Pink. Vor allem die angekündigten Preiserhöhungen im öffentlichen Verkehr würden in die falsche Richtung gehen, klimafreundliche Mobilität müsse vor allem am Land für junge Menschen leistbar sein.

Vienna.at, 14.5.2025

Die Presse

„Gerade Jugendliche wollen verstehen, wie die EU funktioniert. Oft gibt es Angebote, diese sind jedoch nicht niederschwellig und zugänglich gestaltet“, wünscht man sich eine „All-in-One-Plattform mit umfassenden Informationen über die EU sowie einer Übersicht über deren Angebote für junge Menschen“, so die Vorsitzende der Bundesjugendvertretung, Anna Schwabegger.

Die Presse, 13.6.2025

profil

„Langfristig braucht es einen Ausbau der Vermittlung von Medienkompetenz – sowohl in Schulen als auch bei Erziehungspersonen –, damit Kinder und Jugendliche lernen, Social Media sicher, reflektiert und kritisch zu nutzen“, sagt Sebastian Stark, Vorsitzender der Bundesjugendvertretung. Dennoch werden rechtliche Möglichkeiten eines Verbots bereits ausgelotet, heißt es auf Nachfrage aus dem Kabinett Babler.

Profil, 28.6.2025

ORF

Nach dem Amoklauf entbrannte auch eine Diskussion über ein Social-Media-Verbot für unter 15-Jährige. Dem kann die BJV wenig abgewinnen: „Solange es keine verlässliche technische Umsetzung gibt, würde eine formale Anhebung wenig bringen“, sagte Stark. Außerdem können Jugendliche in Österreich ab 16 wählen, da solle es auch erlaubt sein, sich davor auf Social Media zu informieren. Dafür brauche es auch mehr politische Bildung an Schulen. Die BJV spricht sich für ein eigenes Fach aus. Mehr Tempo brauche es in Richtung eines inklusiveren Bildungssystems, betonte Stark. „Kinder und Jugendliche mit Behinderungen haben nämlich nicht die gleichen Chancen wie andere.“

ORF News, 12.8.2025

KLEINE ZEITUNG

Begrüßt werden Pläne, die Schulpsychologie aufzustocken, das bisher Fixierte könne allerdings nur ein „erster, aber kleiner Schritt“ sein, sagt Vorstandsmitglied Ahmed Naief. Wünschenswert wäre ein Schulpsychologe pro 1.000 Schüler sowie ein Sozialarbeiter an jedem Standort. Psychische Unterstützung brauche es aber nicht nur in der Schule. Notwendig sei ein rascher, flächendeckender Ausbau kassenfinanzierter Therapieplätze. Abseits der psychischen Gesundheit fordert die Bundesjugendvertretung eine dauerhafte Aufnahme der HPV-Impfung ins kostenlose Impfprogramm für alle unter 30.

Kleine Zeitung, 13.8.2025

VIENNA.AT

Auch aus Sicht der Bundesjugendvertretung (BJV) reichen die Maßnahmen im Entwurf des Klimagesetzes nicht aus, um die Klimakrise wirksam zu bekämpfen. Besonders das fehlende Bekenntnis zur Klimaneutralität 2040 sieht BJV-Vorsitzende Anna Schwabegger kritisch: „Ein neues Klimagesetz ohne klares Ziel ist das falsche Signal an junge Menschen, die ohnehin schon das Gefühl haben, dass ihre Anliegen in Bezug auf den Klimaschutz nicht ernst genommen werden. Das neue Gesetz muss zeigen, dass die Politik bereit ist, unsere Lebensgrundlage – und die zukünftiger Generationen – zu schützen.“

Vienna.at, 25.8.2025

Salzburger Nachrichten

Die Bundesjugendvertretung (BJV) forderte zum Schulstart eine raschere Modernisierung der Lehrpläne. Ausgebaut werden sollten die politische Bildung und die Vermittlung von Medienkompetenz, um die Schulen näher an der Lebensrealität junger Menschen auszurichten, so die BJV.

Salzburger Nachrichten, 31.8.2025

ORF

Auch die Bundesjugendvertretung (BJV) kritisiert das geplante Kopftuchverbot an Schulen für Mädchen unter 14 Jahren. Aus Sicht der BJV diskriminiert das Gesetz – trotz begleitendem Maßnahmenpaket – muslimische Mädchen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, da das Verbot keine anderen religiösen Symbole, wie etwa die jüdische Kippa oder die Patka der Sikh-Religion, umfasst. Das widerspreche der UNO-Kinderrechtskonvention, zu deren Umsetzung sich Österreich mit der Ratifizierung verpflichtet hat.

ORF Religion, 10.9.2025

DER STANDARD

„Aktuell braucht es Maßnahmen gegen die Teuerung, um dort zu helfen, wo es brenzlich wird. Allgemein aber müssen wir die Schere zwischen Arm und Reich bekämpfen. In Österreich ist Kinderarmut ein großes Problem. Jedes fünfte Kind ist aktuell von Armut betroffen oder bedroht, das sind 350.000 Kinder in Österreich. Gerade in einem so wohlhabenden Land wie Österreich ist das inakzeptabel“, so BJV-Vorsitzende Lejla Visnjic.

Der Standard, 12.9.2025



Zu Beginn nächster Woche wird Markus Wainde Wane als Teil der offiziellen österreichischen Delegation bei der Generalversammlung eine Rede vor dem dritten Komitee halten. Dieses ist für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen zuständig. „Ich freue mich darauf, mich gemeinsam mit anderen Jugenddelegierten für die Umsetzung der SDGs sowie des im Vorjahr beschlossenen Zukunftspaktes einzusetzen und internationale Entscheidungsträgerinnen aus einer Jugendperspektive zu beraten“, so Wane.

ORF Wien, 2.10.2025



Auch die Bundesjugendvertretung (BJV) drängte die Regierung in einer Aussendung, die Kindergrundsicherung rasch voranzutreiben: „Nach ihrer jüngsten Klausur hat die Regierung angekündigt, dass sie sich in den kommenden sechs Monaten der Kindergrundsicherung widmen will. Wir erwarten uns, dass dieser Ankündigung nun auch Taten folgen“, betonte BJV-Vorsitzender Ahmed Naief.

Kleine Zeitung, 17.10.2025



„Als Bundesjugendvertretung haben wir die Position, dass wir gegen die Einführung einer Wehrpflicht für Frauen sind. Der Gender-Pay-Gap ist in Österreich noch immer sehr groß, der Unterschied, was Teilzeit und Vollzeit angeht ist zwischen den Geschlechtern extrem groß. Frauen übernehmen noch immer einen Großteil der unbezahlten Care-Arbeit. Das sind alles Dinge, die sowieso schon beispielsweise dann auch zu einer geringeren Pension führen“, so BJV-Vorsitzende Anna Schwabegger.

ZIB Talk, 21.10.2025

DER STANDARD

Mit dieser Frage beschäftigt sich eine Studie von Joanneum Research aus dem Jahr 2023. Schöpft ein Paarhaushalt mit ein bis vier Kindern zwischen ein bis 24 Jahren alle zulässigen Leistungen aus, ergeben sich je nach Anzahl der Kinder durchschnittlich rund 400 Euro bis 645 Euro pro Monat. Haushalte von Alleinerziehenden erhalten 440 Euro bis 790 Euro pro Monat. „Familienleistungen decken die Kosten nicht“, stellt Ahmed Naief, Vorsitzender der Bundesjugendvertretung, klar.

Der Standard, 29.10.2025

Salzburger Nachrichten

Umwelt- und Jugendverbände haben am Donnerstagmorgen neuerlich auf ein strengeres Klimaschutzgesetz seitens der Bundesregierung gedrängt. Neben der verbindlichen Klimaneutralität bis 2040 fordern die Jugendvertreter „klare Sektorziele in allen Bereichen und Konsequenzen für die Verfehlung“, verlautbarte Lejla Visnjic von der Bundesjugendvertretung bei einer Kundgebung vor dem Umweltministerium.

Salzburger Nachrichten, 6.11.2025



„Wir merken ganz klar, dass es eine proeuropäische Stimmung gibt und dass man selbst teilhaben möchte, mitdiskutieren und mitgestalten möchte.“ Also das oft problematisierte Desinteresse an Politik gäbe es nicht, fasst Sebastian Stark die Ergebnisse zusammen. Er ist einer der Vorsitzenden der Bundesjugendvertretung. Quer durch Österreich wurden 2.200 Menschen unter 30 Jahren befragt. Das Thema: Wie sehen junge Menschen die EU?

FM4, 11.11.2025



Die Bundesjugendvertretung (BJV) drängt mit einer neuen Kampagne auf eine stärkere politische Teilhabe junger Menschen. Die Kampagne trägt den Titel „Drei Millionen“ – ein Verweis auf die rund drei Millionen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Österreich.


ORF News, 10.12.2025





Wir wollen mehr politisch mitbestimmen können – das fordert aktuell die Bundesjugendvertretung. Man wolle mit dem Vorurteil aufräumen, dass junge Menschen nicht an Politik interessiert seien. Das Gegenteil sei der Fall, aber oft lasse man sie nicht mitreden, ärgert sich die Vorsitzende der Bundesjugendvertretung Lejla Visnjic. Für die Schule fordert sie deswegen, „dass es die politische Bildung als Schulfach geben soll, schon ab der 5. Schulstufe. Dann wollen wir, dass in diesem Zusammenhang Medienkompetenz in der 6. Schulstufe ein Fokus wird, damit Kinder und Jugendliche lernen, wie sie mit all diesen Medien umgehen können“.

Antenne Steiermark, 13.12.2025

Immer über die Arbeit der BJV am Laufenden bleiben?
Dann folge uns auf unseren Social-Media-Kanälen
und abonniere unseren Newsletter!

 @bundesjugendvertretung

 @bundesjugendvertretung

 Bundesjugendvertretung

Kostenlose Materialien zu verschiedenen
Kinder- und Jugendthemen kannst du unter
www.bjv.at/ueber-die-bjv/materialien bestellen.

47

Die Newsletter-Anmeldung findest du unter
www.bjv.at/newsletter.



www.bjv.at